Nr. 21. Mittwoch, 25. Januar. 1899

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XVIII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Reichstag.

Berlin, 23. Januar.

Der Reichstag überwies heute den Antrag des Abg. Rintelen betr. **Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen**, für welchen sich die Abgg. Bassermann (nat.-lib.), Beckh (freis. Volksp.), Frohme (Soc.), Graf Bernstorff-Lauenburg (d. k. Fr.) und Riff (freis. Vereinig.) erklärten, einer Commission und beschäftigte sich sodann mit der Interpellation des Abg. Schmitt-Mainz (Centr.) über den Stand der Weinfrage.

Staatssecretär Graf **Posadowsky** erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, den Winzer vor unlauterem Wettbewerb zu schützen. Eine Abhilfe sei aber sehr schwierig, da die Interessenten selbst in ihren Forderungen zu weit auseinandergingen. Eine differenzielle Behandlung bei der Besteuerung des Kunstweines sei sehr schwierig, weil das Domicil der Kunstweinfabrication schwer festzustellen sei. Man werde sich auf einer Mittellinie einigen müssen in dem kleinen Weinparlament, welches anfangs Februar im Reichsgesundheitsamt zusammentritt.

An der Besprechung der Interpellation betheiligten sich die Abgg. Baumann (Centr.), Wintermeyer (freis. Volksp.), Wetterlé (d. k. Fr.), Blankenhorn (nat.-lib.), Fritz Hofmann-Backnang (südd. Volksp.), Lucke (Bund der Landwirthe), Grand-Ry (Centr.), Deinhard (nat.-lib.) und Preiß (d. k. Fr.) — Morgen findet die Fortsetzung der Etatsberathung statt.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. Januar.

Erst am zweiten Tage der Etatsdebatte ließ sich der Minister **v. d. Recke** herbei, auf die mehrfachen Provocationen zu reagiren, was er aber nicht gerade mit besonderem Erfolge that. Die Rechtfertigung seiner nicht bloß im Parlament, sondern auch im Lande angefochtenen Maßnahmen wirkte nichts weniger als überzeugend, und sein Versuch, die Entscheidung in Sachen der Berliner Oberbürgermeisterwahl der Kritik der Volksvertretung zu entziehen, wurde sofort durch den Abg. Richert mit Protest zurückgewiesen. Morgen soll die Discussion zu Ende gehen.

Nach der Rede des Ministers v. d. Recke (cf. gestrige Nummer) erklärt

Justizminister **Schönstedt**, daß in Nordschleswig die Androhung der Entziehung des elterlichen Erziehungsrechtes nicht von der Regierung oder dem Oberpräsidenten Köller veranlaßt sei, sondern allein vom Vormundschaftsrichter, er selbst werde auf die Unabhängigkeit der Richter niemals einen Einfluß ausüben.

Abg. **Richert**: Nachdem derselbe dem Herrn Justizminister dafür gedankt, daß er auf der linken Seite der Ministerbänke gesprochen, und die anderen Minister gebeten, daß sie auch einmal der linken Seite ebenso ihre Gunst zuwenden möchten, da die Herren von jener Seite viel schwerer für die linke Seite zu verstehen seien, geht er auf die Ausführungen des Justizministers näher ein.

Es ist erfreulich, daß ein Zusammenhang zwischen der Friedhofsfrage und der Bestätigungsfrage nicht besteht. Ebenso entschieden, wie der Minister erklärt, die Bestätigungsfrage unterliege nicht der Kritik des Hauses, ebenso entschieden muß ich dem widersprechen. (Sehr richtig! links.) Nach Artikel 44 der Verfassung bedürfen alle Regierungsacte des Königs zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dafür die Verantwortung übernimmt. Die Bestätigungsfrage gehört also auch vor das Forum des Hauses; denn auch sie ist ein Regierungsact des Königs, für welchen der Minister verantwortlich ist. Daß die Verzögerung der Bestätiguug mit Unbequemlichkeiten für die Commune verknüpft ist, ist klar. Wir müssen annehmen, daß es schwerwiegende Gründe sind, welche die Bestätigung verzögert haben; ich glaube aber, daß die Commune sich auf längere Zeit, wenn die nöthigen Kräfte und Mittel zur Verfügung gestellt werden, einrichten kann. Sie kann es aushalten und mit Geduld der Entscheidung entgegensehen.

Was den Schießerlaß des Ministers betrifft, so will ich die rechtliche Frage, ob er befugt war, ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Factoren eine Aenderung der bestehenden Vorschrift herbeizuführen, heute nicht näher in Betracht ziehen. Begründet hat der Minister die Scharfschießerei und Scharfhauerei nicht. Wo sind denn die frivolen Aufläufe gewesen, die zu einer solchen Aenderung, die auch für die Unschuldigsten eine Lebensfrage werden kann, die Veranlassung gegeben haben? Da gefällt mir der Minister v. Bronsart mit seiner Feuerspritze doch viel besser als der Minister des Innern. (Heiterkeit.) Das war humaner. Was soll das Ausland von dem Charakter der deutschen Nation denken, wenn man heute hier solche schneidigen Aenderungen für nothwendig hält, während 1820 und 1837 mildere Auffassungen geherrscht haben! Ist das sehr national, wenn man unserer Nation vor dem Auslande ein solches Zeugniß ausstellt?

Was den Etat anbetrifft, so ist unbestreitbar, daß unsere ganze Finanzlage von den wirthschaftlichen Verhältnissen des Landes abhängt. Die Regierung hat aber doch Vertrauen zu denselben und sie hat auch die Veranschlagungen sehr vorsichtig gemacht, insbesondere beim Eisenbahnetat, bei dem eine geringere Steigerung der Einnahmen veranschlagt ist, als nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Auch dies wird ein Ueberschußetat werden. Schon vor 27 und 28 Jahren hatten wir ähnliche Ueberschüsse: 1872 über 83 Mill., 1873 über 64½ Mill. Schon damals hat der jetzige Finanzminister als Abgeordneter dem Finanzminister Camphausen zugestimmt, daß in solchen Zeiten der Ueberschüsse hohe Extraordinarien durchaus angebracht seien. So hatten wir 1874 ein Extraordinarium von 102 Mill., also verhältnißmäßig höher, als das heutige. Damals hat auch der Abg. Miquel solche Etatsaufstellungen für nothwendig gehalten, so lange wir das Steuerbewilligungsrecht nicht hätten, welches er in unserem Namen als ein Erforderniß der Verwaltung hingestellt hat. Der Abg. Miquel führte damals aus, daß der Minister günstiger stehen würde bei der Quotisirung der Steuern, und er zweifelte nicht daran, daß das Steuerbewilligungsrecht, dessen Fehlen jetzt das Hinderniß einer rationellen Steuerreform im Reiche ist, schließlich doch in Preußen bewilligt werden würde. Auch ich zweifle nicht daran: erst wenn bewilligte Ausgaben erhöhte Steuern nach sich ziehen, wird die Stellung des Parlaments eine richtige sein, während wir jetzt die Fordernden, die Regierung die Bewilligende ist.

Pflegliche Behandlung der Einnahmen wünschen wir auch; niemand will die 170 Millionen, welche der Eisenbahnetat gewährt, auf Tarif- oder ähnliche Reformen riskiren. Aber den Anfang könnte man doch mit diesen Reformen machen. Was bis jetzt darin geschehen, ist minimal und ist nicht das, was man bei der Verstaatlichung der Eisenbahn — wie das bereits im vorigen Jahre ausführlich belegt ist — sowohl durch den Fürsten Bismarck, als auch durch den damaligen Eisenbahnminister Maybach versprochen hat. Damals erklärte man aufs bestimmteste, daß die Staatseisenbahnen kein Geschäft und keine Speculation seien, sondern nur den Zweck hätten, das Land zu melioriren. Man versprach gutes, billiges Transportwesen und coulante Behandlung des Publikums. Niemand unter uns ist so kindlich, dem Finanzminister zuzumuthen, daß er Hunderte von Millionen bei Tarifreformen riskiren solle, wir verlangen nur langsames Vorgehen. Unser Nachbarstaat Rußland hat einen Zonentarif bei dem Personenverkehr eingeführt, der sich bewährt hat. Nach diesem Tarif würde man auf der Strecke Eydtkuhnen-Berlin um die Hälfte billiger fahren, als nach unserem Tarif. Nach dem letzten Bericht des russischen Verkehrsministers hat unter der Herrschaft des Zonentarifs die Einnahme sich von 38 Millionen auf 65½ Millionen erhöht und ist der Güterverkehr von 3 Milliarden Pud auf 6 Milliarden Pud gestiegen. Wir verlangen ja auch auf diesem Gebiete nicht Uebertriebenes: man gehe langsam vor und wo der Verkehr Aussichten verspricht. Weshalb verweigert man noch immer Danzig den Vororttarif, den das wohlhabendere Berlin nun schon seit längerer Zeit besitzt? (Sehr richtig! links.) Was hindert hier, den Versuch zu machen, wo man selbst bei einem Tarif von 10, 15, 25 Pfennig nichts riskirt? (Redner bittet, zur Specialdebatte die Verkehrsverhältnisse des Vorortverkehrs von Danzig dem Hause mitzutheilen, da er auf die Sache noch einmal zurückkommen wolle.) Die Erklärung des Finanzministers über die Eingaben in Betreff des Ueberganges der Wasserbausachen an das landwirthschaftliche Ministerium sind nicht zutreffend. Nicht von dem einseitigen Standpunkte des Schiffahrtsinteresses, sondern, wie Redner nachweist, von dem des allgemeinen Interesses hätten die Eingaben jener Körperschaften gegen die Uebertragung an das landwirthschaftliche Ministerium protestirt. Die Kanalvorlage werden wir ja, wenn ich recht verstanden habe, noch vor Ostern zu erwarten haben. (Zustimmung des Ministers.) Die Thronrede hebt das Steigen des Wohlstandes des Landes hervor. Diese Thatsache möchte ich den Conservativen recht oft in Erinnerung bringen. Was haben Sie uns nicht bei den Handelsverträgen prophezeit? Ich sehe noch den leider nicht mehr unter uns weilenden Herrn v. Plötz vor mir, wie er mit gewaltiger Stimme in den Saal ruft, daß diese Caprivi'schen Handelsverträge den Bankerott der Landwirthschaft bedeuten. Und wie anders ist es gekommen! Sie betrachten uns als Feinde der Landwirthschaft, obschon unter uns Grundbesitzer wie Sie. Haben wir nicht alle Mehrausgaben im Interesse der Landwirthschaft bewilligt? Mit Freuden werden wir für solche Ausgaben noch viel mehr bewilligen. Mag die Regierung an den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Beispiel nehmen, wo das landwirthschaftliche Departement für Publicationen, welche die Landwirthe mit allem, was auf ihrem Gebiet von Wichtigkeit ist, bekannt macht und für Zuschüsse für die 54 landwirthschaftlichen Versuchsstationen fast soviel ausgiebt, wie unser ganze landwirthschaftliche Etat beträgt. Was uns in die entschiedene Opposition gegen Ihre Bestrebungen gebracht hat, waren Ihre „großen Mittel“: der Antrag Kanitz und Ihre Angriffe auf unsere solide Goldwährung, deren Beseitigung nur im Interesse der ausländischen Silberbarone gewesen wäre. War das etwa auch nationale Politik? Auf diesen Wegen folgen wir Ihnen nicht, auch nicht zur Beseitigung der Freizügigkeit, wie es Graf Limburg will. Daß die Domänenpachterträge geringer werden, ist noch kein Beweis für eine allgemeine traurige Lage der Landwirthschaft. Das hat auch Minister v. Hammerstein ausdrücklich hervorgehoben. Abgesehen davon, daß die Zinsrente mehr gefallen ist, als diese Pachterträge, sind letztere immer noch erheblich höher wie in früheren Jahren. Der Pachtertrag betrug 1860 18 Mk. pro Hectar, 1870 etwa 26 Mk. und heute immer noch 29,60 Mk. pro Hectar. Die Erträge der achtziger Jahre waren ganz außergewöhnliche. In Sachen der Beamtengehälter verlangt der Finanzminister wiederholt, diese 12 Millionen als einen definitiven Abschluß zu betrachten. Das kann er aber nicht, er selbst läßt einzelne Ausgleichungen für später noch zu. Solche halte auch ich für verschiedene Kategorien, z. B. für die Richter, nothwendig. Man klagt über die Bewegung unter den Beamten? Man kann ihnen das Petitionsrecht doch nicht nehmen und muß sich daher in die Thatsache finden, daß auch sie suchen, sich in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen zu bessern. Das sind die Consequenzen der Ausdehnung der Staatsbetriebe. An etatsmäßigen Beamten hatten wir im Jahre 1872 63 000 mit 100 Millionen Mark Gehalt incl. Wohnungsgeldzuschuß, 1899 nach dem vorläufigen Etat haben wir 194 700 etatsmäßige Beamte mit 388 Millionen Mark Gehalt.

Und nun noch zu einem der wichtigsten Etats, dem Unterrichtsetat. Ueber die endliche Einbringung des Relictengesetzes freuen wir uns. Hoffen wir, daß es gut im Interesse der Hinterbliebenen der Lehrer sein wird. In Bezug auf die Schulunterhaltungspflicht ist eine bessere Wendung zu constatiren. Im vorigen Jahre noch war die Haltung der Regierung und der Conservativen mehr ablehnend. Die letzteren hatten die Parole: ohne allgemeines Schulgesetz kein Dotationsgesetz. Heute hat der Minister das Gesetz schon fertig, wenn er es auch wegen der finanziellen Schwierigkeiten noch nicht einbringen will, und Graf Limburg erklärt trotz schwerer Bedenken das Gesetz, wenn es kommt, sachlich prüfen und eventuell annehmen zu wollen. Jedenfalls, das ist meine Ueberzeugung, wird der Staat bei diesem Gesetze noch mehr gewähren müssen; er hat ja was die Zahlung von Zuschußmitteln betrifft, ohnehin schon mehr gethan, als das in der Verfassung enthaltene Princip verlangt. Für die Schule ist in den letzten Jahren, das ist anzuerkennen, viel gethan, aber es bleibt noch mehr zu thun. Besonders erfreut bin ich über die drei Millionen im Extraordinarium als Zuschuß für die Schulbauten, die dem Ordinarium von einer Million hinzutreten. Herr v. Goßler verlangte s. Zt. 20 Mill., die Conservativen verweigerten sie. Und doch muß dafür schnell mehr geschehen. Die Berichte über den Zustand verschiedener Schulhäuser sind geradezu beschämend. Hoffentlich verwendet der Minister einen erheblichen Theil dieser Summe für die östlichen Provinzen, wo besonders traurige Schulbautenverhältnisse sind. Auch die Thatsache bleibt bestehen, daß von 5 300 000 Schulkindern über der vierte Theil in überfüllten Klassen sitzt. Wir haben 92 000 Schulklassen und nur 80 000 Schulräume. Die Forderung von Prof. Rehmke (für je 30 Kinder einen Lehrer) wollen wir noch nicht erheben, wir sind vorläufig mit weniger zufrieden. Bei dieser Gelegenheit aber möchte ich eindringlich noch einmal die Regierung, die Pädagogen und die Mediziner zur Prüfung meines früheren, hier allerdings nicht angenommenen Antrages erinnern, die Kinder vom 6. bis 7. Lebensjahre nicht als schulpflichtig zu erklären. Das sind 800 000 Kinder, die nach dem Urtheil von medizinischen Autoritäten besser noch der Schule fern bleiben. Sie sind, wie die Dinge jetzt liegen, ein Ballast, ein Hinderniß für die Entwicklung der anderen und sie selbst können unter solchen Verhältnissen nur wenig lernen. Diese 800 000 Kinder könnten auch auf dem Lande viel einfacher die wenigen Stunden am Tage, die sie jetzt in der Schule sitzen müssen, in der Spielschule oder ähnlichen Schulen billiger und für ihre Gesundheit zweckmäßiger beaufsichtigt werden.

An die Schule schließt sich naturgemäß die Frage der Aufwendungen für den Osten an. Der Finanzminister will deutsche Cultur nach dem Osten tragen, er will die Polen gewinnen, er will den Frieden und die Versöhnung; damit sind wir durchaus einverstanden und wollen gern unsere Mitarbeit zur Verfügung stellen. Wenn unsere polnischen Landsleute als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden, wenn Friede und Besonnenheit das Panier sein sollen, so müssen alle mitarbeiten. Der Anfang muß ganz besonders auf dem Gebiete der Schule gemacht werden. Immerhin ist es eine sehr bemerkenswerthe Thatsache, daß nach der letzten Statistik in Westpreußen seit 1891 sich die Zahl der in der Familie polnisch redenden Kinder um 1 Procent vermehrt hat, während bei den letzten Reichstagswahlen unsere polnischen Collegen sechs Mandate und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause vier Mandate verloren haben.

Das sind Thatsachen, die sich nicht im Einklang befinden. Wie will man bei den gegenwärtigen Schulzuständen eine Pflege des Deutschthums verlangen? In Westpreußen sind allerdings 60 Proc. mehr für die Volksschulen ausgegeben, 700 Lehrer mehr angestellt in dem letzten Jahrzehnt, und doch hat sich die Zahl der Kinder, die auf einen Lehrer kommen, vermehrt. Wir haben 3400 Klassen in Landschulen und nur 2771

Nur Weib

Von Klaus Rittland.

Ri [Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

XIX.

Ein Jahr fast war ins Land gegangen seit jenen belebten Weimarer Frühlingstagen. Da hielt vor einer großen, langweiligen grauen Miethskaserne im Nordwesten Berlins eine Gepäckdroschke, und aus der Gepäckdroschke entwickelte sich die behagliche fettgepolsterte Rundgestalt des alten Fräuleins v. Schedow. „Es wird gleich jemand wegen des Koffers herunterkommen!“ rief sie dem Kutscher zu, trat in die Miethkaserne ein und stieg die steilen, dunklen Treppen empor, sehr schwerfällig, alle paar Stufen eine lange Athempause machend. „Vier Treppen!“ keuchte sie. „Gräßlich! Die arme Jo! Nun, ihr wird das freilich leichter wie Unsereinem!“ Und wieder einmal, wie schon öfters während der Reise von Weimar hierher, mußte Tante Dora sich selber anstaunen, daß sie einen so heroischen Entschluß gefaßt hatte. Eine Reise für sie, die Bequemlichkeits-Fanatikerin, die sich nicht gern weiter als ein paar Straßen von ihrem Hause fortbewegte, und vollends eine Reise nach Berlin, diesem abscheulichen, geräuschvollen Tohuwabohu! Der Entschluß hatte auch mehrere Wochen gebraucht, bis er sich aus dem behäbigen Gemüth herausgerungen hatte, aber es mußte sein! Sie hielt es für ihre Pflicht. Sie mußte sich einmal selbst überzeugen, wie die Jo eigentlich in Berlin lebte. Was sie schrieb, klang alles ganz gut und schön. Aber ob sie die Wahrheit schrieb? Und den ganzen vorigen Winter über hatte das alte Fräulein von guten Freunden und Whistkränzchen-Damen so viele Stichelreden und neugierige Fragen auszuhalten gehabt, was denn die liebe Jo eigentlich in Berlin wollte, ganz allein, ohne Verwandte und Familienanschluß, daß ihr, der sonst so Seelenruhigen, schließlich selber angst und bange geworden war, es könnte da etwas nicht in Richtigkeit sein. Excentrisch war Jo ja immer gewesen! Nun hatte endlich die Klettertour ihr Ende erreicht. Gott sei Dank, hier stand's mit großen Buchstaben auf einer Porzellantafel: H. Föhr — Familienpensionat. Tante Dora drückte an den elektrischen Knopf, und ein sauberes, wirklich ganz comme il faut aussehendes Dienstmädchen öffnete die Thür. „Frau v. Schedow?“ „Jawohl, die sei zu Hause, aber noch beim Mittagessen. Ob die Dame vielleicht in den Salon treten wolle?“ Aber da wurde bereits die Thür des Eßzimmers aufgerissen, und Jo stürzte heraus. Sie hatte mit ihren feinen Ohren die vertraute Stimme draußen vernommen. „Tantchen, liebes Tantchen, nein, diese Ueberraschung!“ Tante Dora hatte den abenteuerlichen Unternehmungsmuth so weit getrieben, sich nicht einmal vorher anzumelden! Nun wurde sie nach einer stürmischen Umarmung in Jos Zimmer gedrängt — ein nettes Zimmerchen. Jo hatte ihm durch allerlei graziöse Spielereien, Blumen, Photographien, chinesische Fächer den Pensionscharakter genommen. Neugierig schaute sich die Besucherin um. Die vielen allerorts aufgestapelten Bücher, Zeitschriften, Broschüren waren das Einzige, das sie etwas befremdend anmuthete. Jo war ganz aufgeregt vor Freude, das liebe alte phlegmatische Gesicht wiederzusehen. Nie hätte sie früher gedacht, daß ihr Tante Doras Anblick so viel Vergnügen bereiten könnte! Und nun folgte bei einer gemüthlichen Tasse Thee ein ausführliches Plauderstündchen, allerdings ein recht einseitiges. Tante Dora begnügte sich damit, die Nichte prüfend, erstaunt und ziemlich verständnißlos anzustarren, dann und wann ein abgerissenes „Ach, wie interessant! Nein, ist dir das nur nicht peinlich? Verstehst du denn so etwas? Auf was die Menschen doch alles kommen!“ einwerfend. Jo aber erzählte ausführlich von den Erlebnissen des letzten Winters und der Art und Weise, wie sie sich ihr neues Leben gestaltet hatte. Zuerst war es ein Herumkosten an allem Möglichen gewesen, Josefine hatte ihren Gesichtskreis erweitert, neue Persönlichkeiten kennen gelernt, Einblick in die verschiedenartigsten neuen Verhältnisse genommen, ohne sich irgendwie zu binden. Dann hatte sie sich auf die Schriftstellerei geworfen, nachdem Fräulein Völkers sie ermuthigt und gemeint hatte, die kleinen Skizzen aus früherer Zeit zeugten von einem hübschen formalen Talent, wenn auch nicht eben von hervorragender Gestaltungskraft. Die Schilderung einer Kellnerinnenversammlung, der Josefine als aufmerksame Zuhörerin beigewohnt, war auch von Frau Professor Unger sofort in die Spalten der „Neuen Frau“ aufgenommen worden und ebenso ein paar kleine Tendenznovellen, die Josefine der gestrengen Zeitungstyrannin eigentlich nur mit bangem Herzklopfen und geringer Zuversicht vorgelegt hatte. Aber dann war ein Rückschlag eingetreten. Einige neue Skizzen waren von Frau Unger als gänzlich unverwendbar zurückgewiesen worden, auch bei anderen Redactionen hatte Josefine kein Glück damit gehabt und leicht entmuthigt, krankhaft empfindlich, wie sie nun einmal war, hatten diese Mißerfolge ihr alle Schreiblust genommen. Sie hatte sich dafür aber neuerdings in eine rege anderweite Thätigkeit gestürzt, war Mitglied des „Hilfsvereins für weibliche Angestellte“ geworden und hatte sogar kürzlich einen neuen „Verein zur Errichtung von Frauen-Realgymnasien“ gründen helfen. Feuereifrig, mit großer Lebhaftigkeit erzählte sie der Tante von dem angeregten, viel geschäftigen Dasein, welches sie jetzt führte. Die alte Dame hörte still zu und widersprach nicht; es wollte ihr aber scheinen, als ob Josefine sich künstlich in eine Arbeitsfreude und Befriedigung hineinredete, die sie eigentlich gar nicht empfinde. „Und bekommt denn dieses Getriebe deiner Gesundheit?“ fragte sie besorgt. Jo nickte. „Vortrefflich — das heißt — nun ja — ich schlafe wohl nicht recht genug, aber das kommt schon wieder; außerdem bin ich sehr fidel und munter!“ Tante Dora schüttelte den Kopf. So hohläugig und abgehetzt, so nervös abgespannt sieht kein fideler, munterer Mensch aus!

Als die Dämerung herankam, sah Josefine häufig nach ihrer Uhr und machte dann ihrem Gaste den Vorschlag, sie zu Fräulein Völkers zu begleiten, die heute ihren allwöchentlichen Empfangsabend hätte. „Ich würde ja gern zu Hause bleiben“, meinte sie entschuldigend, „aber gerade heute — weißt du, es sollen allerhand wichtige Fragen, unseren neuen Verein betreffend, besprochen werden. Da möchte ich doch ungern fehlen. Und außerdem, denke ich, macht es dir vielleicht auch Spaß, einen Blick in meinen Verkehrskreis zu thun.“ Nach einigem Widerstreben willigte Tante Dora ein. „Es wird doch nicht etwa viel getrunken oder gar geraucht?“ erkundigte sie sich vorher. Aber Jo konnte die Mißtrauische lachend beruhigen. Nein, im äußeren Auftreten unterschied sich der bei dem weiblichen Doctor versammelte Kreis gar nicht wesentlich von jeder anderen Damengesellschaft. Und was man trank, war wohlanständiger Thee, dem eine äußerst harmlose Erdbeerbowle folgte. Fräulein Völkers begrüßte die Tante ihrer lieben Jo mit höflicher Wärme, Lise Pulski dagegen, sowie die sprudelköpfige Frau Roszewska und die selbstbewußte Redacteurin der „Neuen Frau“ machten keinen Hehl daraus, daß ihnen das gute, dicke, beschränkte Fräulein v. Schedow als ein gänzlich unbeachtenswerthes menschliches Etwas erschien. Der alten Dame war es übrigens gar nicht unlieb, daß man sie nur selten aus ihrem beschaulichen Schweigen herausriß. Ueber die Dinge, die hier verhandelt wurden, hätte sie doch nichts zu sagen gewußt! Im Verlaufe des Abends erschienen auch einige männliche Gäste: der sehr jugendliche Sohn der Gräfin Schlieben, ein blasses, ernsthaftes, über seine Jahre verständiges Studentlein, dann der Gatte der schönen Commerzienräthin, ein flotter Lebemann, welcher aus Neugierde bisweilen diesen Kreis besuchte, in welchem seine Frau eine so hervorragende Rolle spielte. Zwischen ihm und den Frauenbewegungsdamen herrschte eine unausgesprochene, aber deshalb nicht weniger scharfe Antipathie; sie fühlten sehr wohl, daß er sich im Innern nur über sie moquirte und all' ihre heiligsten Interessen für „höheren Mumpitz“ ansah. Desto ernsthafter wurden sie von dem dritten männlichen Gast, einem alten, sehr gelehrten und sehr wohlwollenden Professor der Nationalökonomie, genommen, der sich bei jeder Gelegenheit zum Kämpen der Frauenrechte aufwarf und dessen Aussprüche in den Artikeln der „Neuen Frau“ und allen einschlägigen Broschüren citirt wurden wie Bibelworte. (Fortsetzung folgt.)

Lehrkräfte. Im Carthauser Kreise sind in verschiedenen Schulen 110 bis 130 Kinder von einem Lehrer zu unterrichten. Da haben die Kinder von 6 bis 10 Jahren wöchentlich 12 Stunden, die anderen die übrigen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in einer Reihe von polnischen Schulen, wo im Durchschnitt 91 Schüler auf einen Lehrer kommen. Wie will man bei solchen Verhältnissen verlangen, daß der Lehrer die Kinder in erfolgreicher Weise im Deutschen unterrichten solle?! Hier muß eingegriffen und erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann werden Sie deutsche Cultur nach dem Osten tragen. Maßregeln, wie die technische Hochschule in Danzig, begrüßen wir mit Freuden; ein Fortschritt ist es, daß der Etat 50 000 Mark für Volksbibliotheken zur Verfügung stellt. In jedem Dorfe müßte im Osten eine solche Bibliothek vorhanden sein. Da handelt es sich nicht um große Summen, hat doch die Gesellschaft für Volksbildung allein in einem Jahre 200 Volksbibliotheken in Westpreußen und Posen neu begründet, und zwar meist auf dem platten Lande. Fortbildungsschulen, Fachschulen, im Anschluß an Bildungsvereine und Handwerkervereine — das sind die Wege, auf denen ebenfalls deutsche Cultur im Osten zu verbreiten ist. An die Gebildeten und Besitzenden muß die Forderung herantreten, daß sie auf diesen Gebieten und auch in Bezug auf die sociale Annäherung der Berufsklassen werkthätig Hand anlegen und diesem patriotischen Zwecke dauernd ihre Mitarbeit angedeihen lassen. In wirthschaftlicher Beziehung sind für den Osten vor allen Dingen weitere Verkehrswege, sowie ein Ausbau des Eisenbahnnetzes nothwendig, sodann eine vermehrte Industrie, welche auch im Interesse der Landwirthschaft wäre.

Die Bernsteinfrage.

Daß der Staat nicht mit besonderem Enthusiasmus an dieses Unternehmen herangeht, verstehe ich vollkommen. Der Staat hat sich dabei, wie ich glaube, in einer Zwangslage befunden. Graf Limburg meinte, daß die Discussionen dieses Hauses ihn in diese Lage gebracht hätten; wenn einige schöne Reden hier ungehalten geblieben wären, so wären die Dinge nicht so unangenehm geworden. Weshalb diese unnöthige Courtoisie? Wen meinte er denn damit in diesem Hause? Etwa den Abg. v. Hammerstein? Er hat ja auch eine Rede gehalten. (Zuruf.) Mich meinen Sie? (Heiterkeit.) Ich glaubte den Abg. Krause! (Zuruf.) Uns beide? Nun es waren doch auch Conservative dabei. Daß wir mit unseren Reden solche Macht ausgeübt haben, davon hatte ich allerdings keine Ahnung. Nun, ich glaube, weder der Herr Abg. Krause noch ich bedauern es, daß wir die vorhandenen Uebelstände hier zur Sprache gebracht haben. Es fehlt nur noch, daß das auch als antinational ausgeschrieen wird, dann thäten wir allerdings am besten, den Mund zu halten und nur Steuern zu zahlen. Wenn Graf Limburg hervorhebt, daß wir weniger Einnahmen zu erwarten haben, so sagt der Finanzminister das Gegentheil; nach seiner Berechnung wird der Ueberschuß in Zukunft größer sein, als die bisherige Pacht des Hrn. Becker. Stutzig gemacht hat mich nur eine Aeußerung des Finanzministers, der da erklärte, die Regierung wolle auf den Spuren des Herrn Becker in Bezug auf die kaufmännische Richtung weiter gehen. Wir werden auf die Sache ausführlich zurückkommen, aber vielleicht giebt der Finanzminister in dieser Beziehung schon heute eine beruhigende Erklärung, daß es nicht seine Meinung sei, willkürlich, wie es bisher geschehen ist, einzelnen Fabrikanten die Lieferung von Rohstoff zu verweigern, während die Firma selbst nach dem Auslande auch für die Ambroid-Fabrikation Rohstoff verschickte. Wir haben den Wunsch und die Hoffnung, daß die alte Bernsteinfabrikation, die nach Afrika und Asien ihre Beziehungen ausdehnt, von neuem einen kräftigen Aufschwung erhalten werde.

Sehr interessant waren mir die Beschwerden Sattlers über die conservativen Vorstöße gegen die Nationalliberalen unter Führung und Schutz von Beamten. Ich könnte sagen: Gut, daß Sie das auch einmal an Ihrem Leibe erfahren, wie das thut. Unerhört findet Sattler es, daß die conservative Zeitung in Hannover von einem Landrath, einem Regierungsrath und einem Polizeipräsidenten geleitet wird. Ach, da kommen Sie doch einmal nach Puttkamerun (Heiterkeit), wo Hunderte von Amtsvorstehern, Gendarmen noch außerdem in voller Thätigkeit gegen die Liberalen und für die sog. Regierungspartei sind, die in wichtigen Fragen Opposition gegen die Regierung gemacht hat. Aber es ist Ihnen vielleicht ganz dienlich (Heiterkeit), Sie werden jetzt mit uns schärfer anfassen. Die Erklärung des Ministers ist ganz ungenügend, er will nicht eingreifen. Weshalb nicht, sagt er nicht. Dem Abg. Sattler und seinen Freunden empfehle ich die bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage über einige pommersche Wahlen. Da werden Sie noch andere Dinge kennen lernen. Gefreut habe ich mich über die Einrichtung von Gendarmenschulen. Ich setze allerdings voraus, daß da auch ein Lehrcursus über das Vereins- und Versammlungsrecht, über die persönliche Freiheit gegeben wird. Solche Curse wären auch für Amtsvorsteher ganz angebracht. (Zuruf.) Auch für Landräthe? Nun wohl, auch das wäre gut. (Heiterkeit.) Wir sind für Besserstellung der Gendarmen eingetreten, sie haben einen schweren und verantwortungsvollen Posten. Sie mögen aber auch lernen die Rechte der Bürger zu achten und zu schützen. — Ueber den Erlaß in Betreff der jüdischen Lehrerinnen in Berlin werden wir bei der Specialdebatte ausführlicher verhandeln. Daß ich den Standpunkt des Ministers nicht theile, darf ich wohl nicht besonders betonen. Sehr bedauerlich war mir die Aeußerung des Ministers, daß er sich durch „zwei jüdische Herren“ in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung nicht habe überzeugen können. Die rechte Seite zollte dabei lebhaften Beifall. Das ist schwerlich die Absicht des Ministers gewesen. Was sollen denn die jüdischen Bürger thun? Vertheidigen wir sie, dann sind wir Judenknechte, von Juden bezahlt; thun sie es selber, dann hebt man hervor, daß es jüdische Herren gewesen. Was thut hierbei die Confession zur Sache? Prüfen Sie doch die Gründe. (Sehr richtig! links.) Außerdem hat auch Herr Abg. Hermes gesprochen, der, so viel ich weiß, noch nicht zur jüdischen Confession übergetreten. (Heiterkeit links.) Doch darüber später, obgleich für diese Frage kein günstiger Boden hier ist. (Sehr richtig! rechts.)

Die Ausweisungsfrage ist hier vielfach berührt. Ich werde nur einige Bemerkungen machen, um heute schon Mißdeutungen vorzubeugen. Die eigentliche Discussion sollte diese Debatte nicht belasten. Der Abg. Sattler will überall Agitationen entgegentreten, die darauf abzielen, Theile des deutschen Reichs von ihm abzureißen. Er will dabei „innerhalb der Grenzen von Recht und Billigkeit die Regierung gern unterstützen“. Das ist ganz unsere Meinung. Auch wir wollen das innerhalb dieser Grenzen. Wir wollen aber nicht Unschuldige und Schuldige gleichmäßig treffen. Auch wir sagen nur mit dem Abg. Sattler: „wir haben ja die Pflicht zu fragen, können vielleicht Härten gemildert werden, aber im großen und ganzen thut die Regierung nur ihre Schuldigkeit, wenn sie allen Bestrebungen, deutsches Gebiet von Deutschland abzureißen, energisch entgegentritt.“ Gewiß, solche Bestrebungen sind hochverrätherische und wir würden es durchaus in der Ordnung finden, wenn solche Agitatoren dem Richter überliefert werden. Nicht glücklich war es, daß der Abg. Sattler hierbei die Polenausweisungen anzog. Hat er denn und die Regierung die frühere Massenausweisungspolitik weiter verfolgt? Nein. Das war nicht möglich. Wir haben heut noch 20 000 russische Staatsangehörige und 60 000 österreichische Staatsangehörige in Deutschland. Die Politik der Massenausweisungen besteht nicht mehr. Landwirthschaftskammern sogar sind es gewesen, welche eine größere Zulassung russischer und österreichischer Arbeiter für durchaus nothwendig erachteten im Interesse der Landwirthschaft. Wie gesagt, diese Heranziehung war keineswegs glücklich. Auch Graf Limburg hat Unrecht, wenn er behauptet daß die frühere brutale und rücksichtslose Behandlung der Deutschen durch Dänemark in jener Zeit nicht getadelt worden wäre. Das ist vollständig unrichtig. Ich kann da das Zeugniß des Finanzministers provociren, mit dem die ganze Linke im Nationalverein auf das energischste gegen die Behandlung der Deutschen protestirt hat. Daraus entwickelte sich jene mächtige Bewegung für ein einheitliches Deutschland und für eine deutsche Flotte. Sie (nach rechts) wollten damals von solchen Dingen nichts wissen. Sie haben energisch gegen die deutsche Einheitsbewegung reagirt und wollten für immer allein schwarz-weiß bleiben. (Sehr richtig links.)

Was den Fall Delbrück anbetrifft, so glaube ich dem Minister aufs Wort, daß ihn das Pflichtgefühl dabei geleitet hat, so unangenehm es ihm war. Auch über die Form der Angriffe Delbrücks ist kein Streit — Delbrück selbst giebt sicherlich zu, daß er eine andere Form hätte wählen müssen — die Frage aber, ob das Vorgehen im Interesse der Staatsautorität zweckdienlich ist, verneine ich entschieden. Auch Dr. Sattler hält dasselbe für nicht opportun; allerdings bekämpft er es auf Kosten Delbrücks, den er — von oben herab — als eine komische Figur bezeichnet. So kann man einen Mann wie Delbrück, der freilich in keine Fractionsschablone hineinpaßt, denn doch nicht abthun. Ihm nationalen Sinn und Patriotismus abzusprechen, wäre, nach seiner ganzen Vergangenheit, um einen Ausdruck des Finanzministers in Bezug auf meinen Freund Ehlers und mich zu gebrauchen, „einfach lächerlich“. Hätte der Minister Herrn Delbrück der öffentlichen Kritik allein überlassen, so wäre dies für letzteren empfindlicher gewesen, als das Disciplinarverfahren. Wir haben auch eine vollständig andere Auffassung über die Stellung der Universitätsprofessoren, wie der Minister. In dem Sinne, wie er meint, sind nach unserer Ansicht die Universitätsprofessoren als Staatsbeamte nicht zu betrachten. Um Freiheit der Lehre handelt es sich nicht, wohl aber um Freiheit des Wortes. Das existirt leider nicht in dem Umfange wie es sein sollte. Dieses Uebermaß von Empfindlichkeit im angeblichen Interesse der Staatsautorität ist keineswegs glücklich für unser öffentliches Leben. War die Regierung auch so empfindlich, als vor einer Reihe von Jahren hiesige Lehrer an höheren Schulen antisemitische Hetzreden in öffentlichen Versammlungen hielten, Reden, welche die Eltern der Kinder, die ihnen anvertraut waren, aufs höchste verletzen mußten? Da hat man kein Disciplinarverfahren eingeleitet, trotz der unerhörten Hetzreden. Erinnern möchte ich den Minister ferner an den Fall Pauli in München. Pauli schrieb in denselben „Preußischen Jahrbüchern“ sehr unehrerbietig über König Karl von Württemberg und noch viel schärfer über dessen Minister, von deren einem er sagte, „daß er schamlos seinen eigenen Vortheil suche, für sich zu seinem Vortheil Eisenbahnen baue“; und von dem Cultusminister erklärte er, „daß er ein eitler, unwissender, mit philosophischen Redensarten spielender Phraseur sei“. Der Senat, an den damals durch den König und die Regierung die Frage gestellt wurde, ob ein akademischer Lehrer, der solche Angriffe gegen das Oberhaupt des Staates und gegen die Regierung sich erlaubt habe, noch im Lehramt belassen werden könnte, der Senat, an dessen Spitze Mohl, ein politischer und persönlicher Gegner Paulis, stand, antwortete mit „Ja!“ Und als darauf die Versetzung von Pauli an ein kleines Seminar erfolgte, nahm er den Abschied und die preußische Regierung berief denselben Mann als Professor nach Göttingen. Und wie vernichtend hat Treitschke in den „Jahrbüchern“ diesen Fall behandelt! Er schloß seinen Artikel damit, „daß in Preußen die Universitätsprofessoren ein freieres Dasein hätten und daß das ganze Verfahren gegen Pauli einen Geist parteiischer Tücke und kleinlicher Rabulisterei athme, das dem preußischen Cultusministerium selbst in den Tagen der schlimmsten Reaction fern blieb“. Solches sagte der von dem Herrn Cultusminister so gerühmte Professor Treitschke.

Der Finanzminister meinte, in anderen Ländern habe die Presse, wo es sich um Aufdeckung von Blößen handele, mehr nationale Zurückhaltung, wie in Deutschland. (Beifall, natürlich rechts.) Sieht der Minister denn nicht, was bei anderen Völkern geschieht? Kennt er die englische Geschichte nicht? Haben nicht Männer wie Pitt und Fox auch in Fragen der auswärtigen Politik rücksichtslos Opposition gemacht? Und hat nicht die englische Presse vor dem In- und Auslande die Schwächen der englischen Wehrkraft zum Vortheil des Landes bloßgelegt? Die öffentliche Meinung ist und soll sein das Sicherheitsventil und Correctur gegen falsche Maßregeln. Und wie steht's in Italien, ja in Frankreich, wo jetzt die Wunden rückhaltlos bloßgelegt werden! Schäden zu besprechen, sind wir verpflichtet, wir thun es in dem vollen Bewußtsein, daß unser Staat stark genug ist, die Kritik zu vertragen. Ein anderer Satz ist die Wahrheit: in keinem Lande der Welt ist ein leidlicher Patriot so schnell und leicht in die Klasse der Landesverräther gebracht wie in Deutschland. Das ist ein Krebsschaden. Der Cultusminister sagte mit vollem Recht: Die Kritik, die die Regierung nicht fürchtet, kann unter Umständen nützen, und kann unter Umständen sehr patriotisch sein!“ Wenn wir die Handlungen der Regierung kritisiren, so thun wir es aus Patriotismus und in dem Bewußtsein, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Wie man das aufnimmt, kümmert uns nicht. Wir werden auch weiter unsere Pflicht thun. (Lebhaftes Bravo links.)

Cultusminister **Bosse** geht auf Rickerts Bemerkungen über die Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten in Sachen der jüdischen Lehrerinnen ein.

Finanzminister **v. Miquel** meint, es freue ihn, daß der Abg. Rickert für seine lieben Danziger sorge und das Princip der nationalen Wirthschaftspolitik wenigstens in diesem Falle acceptire.

In persönlicher Bemerkung replicirt Rickert, hier handele es sich gar nicht um Freihandel oder Schutzzoll.

Abg. **Richter** wird zur Ordnung gerufen, weil er in einer persönlichen Bemerkung vom „Eiertanz“ des Ministers Recke spricht. Richter verlangt einen nachträglichen Ordnungsruf für den Minister v. d. Recke, der dasselbe Wort gegen ihn (Richter) gebraucht habe.

Präsident **v. Kröcher** lehnt dies ab, da Minister v. d. Recke diesen Ausdruck unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten v. Heereman gebraucht hat.

Von Mitgliedern des Hauses kamen gestern nur zwei zum Wort, **Strombeck** vom Centrum und **Rickert** von der freisinnigen Vereinigung. Im übrigen sprachen nicht weniger wie fünf Minister. Besonders bemerkenswerth war das Auftreten des Ministers des Innern v. d. Recke in der Bestätigungsfrage. In der Debatte hatte er dem Abg. **Richter** gegenüber geäußert, daß, möge die Entscheidung der Krone in Bezug auf die Bestätigung des Bürgermeisters Kirschner fallen, wie sie wolle, diese Entscheidung nicht der Kritik des Abgeordnetenhauses unterliege. Auch die Ausübung des Begnadigungsrechtes entziehe sich der parlamentarischen Erörterung. Die gebührende Antwort auf diese eigenartige Construction eines besonderen Kronrechtes auf diesem Gebiete wurde sofort gegeben. Abg. **Rickert** hob hervor, daß Artikel 44 der preußischen Verfassung Folgendes bestimmt:

„Die Minister des Königs sind verantwortlich; alle Regierungsacte des Königs bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“

Die Unterscheidung des Ministers zwischen einzelnen Arten von Regierungsacten des Königs widerspricht also geradezu der Verfassung. Bei der Gelegenheit hat man also auch vom Herrn Minister erfahren, daß die Frage der Bestätigung des Berliner Oberbürgermeisters mit der Friedhof-Frage garnichts zu thun habe; in letzterer werde auf Grund neuer Pläne bald die Entscheidung erfolgen. In der Oberbürgermeisterfrage sei die Entscheidung durch eine besondere Verkettung von Umständen verzögert; es bedürfe einer persönlichen Rücksprache, die durch Beurlaubung verzögert sei. Aus den Worten des Ministers ergiebt sich, daß die Angelegenheit dem Kaiser noch nicht vorliegt. Die Berliner werden sich also noch etwas geduldigen müssen. — Der Abgeordnete Rickert zog in umfassender und eingehender Weise alle actuellen politischen Fragen in den Kreis seiner Erörterungen, wobei er besonders auch die speciell Danzig betreffenden Dinge hervorhob, z. B. die Bernsteinfrage, die ja vermöge der bevorstehenden Uebernahme des Becker'schen Betriebes durch den Staat vor einer entscheidenden Wendung steht. Ueber dieses Thema wird erschöpfender, als dies gestern geschehen konnte, noch in der nächsten Zeit verhandelt werden, wenn erst die Denkschrift der Regierung über die Angelegenheit eingegangen sein wird.

Demnächst wird im Abgeordnetenhause auch der Centrumsabgeordnete Szmula seine vorjährige Interpellation wegen Maßregeln zur Beseitigung der Leutenoth wiederholen. Ob er bei dieser Gelegenheit in der That, wie die „Schlesische Volkszeitung“ ankündigt, einen Gesetzentwurf befürworten wird, der die Einwanderung russischer Arbeiter auf drei Monate vollständig freigiebt, mit der Maßgabe, daß die „wünschenswerthen“ Arbeiter sofort naturalisirt werden, bleibt abzuwarten. Bei der Regierung dürfte dieser Vorschlag aus den hinlänglich bekannten Gründen keinen Anklang finden.

Dem Abgeordnetenhause ging ein Gesetzentwurf betreffend die **Versorgung der Hinterbliebenen der Volksschullehrer zu.**

Berlin, 24. Januar.

Das Haus setzt die gestrige Etatsdebatte fort.

Als erster Redner ergreift Frhr. **v. Zedlitz** (freiconf.) das Wort, um zunächst die Ausweisungen dänischer Unterthanen aus Schleswig zu billigen. Die Bezeichnung „Chauvinist“ sei ein Ehrentitel für jeden deutschen Mann. Der Großgrundbesitz im Osten sei eine sociale Nothwendigkeit. Die Industrie, die man im Osten begründen wolle, müsse auf das platte Land und in die kleinen Städte verpflanzt werden. Redner vertheidigt den Schießerlaß des Ministers v. d. Recke. Bezüglich einer Bemerkung des Abg. Richter über die Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kirschner wirft Redner dem Abg. Richter vor, er habe den Inhalt eines Privatgespräches verwerthet. Das sei unwürdiger Klatsch! Er müsse aber zugeben, daß der Minister betreffs der Nichtbestätigung dem Landtage gegenüber verantwortlich wäre. Redner hält die Maßregelung des Professors Delbrück für formell berechtigt, es wäre aber für die Regierung besser gewesen, wenn sie nicht eingeschritten wäre. Redner billigt schließlich die Finanz- und Tarifpolitik der Regierung.

Abg. **Motty** (Pole) führt aus, der Finanzminister Miquel habe gesagt, er (Miquel) hätte mitten im Frieden einen Kriegsstreich gegen die polnische Bevölkerung geführt. Das sei ja ein derartig offenes Geständniß, wie man es bisher noch nicht gehört habe. Man beraubt uns der Muttersprache, man behandelt uns als Fremde und auf der anderen Seite verlangt man von uns die Erfüllung unserer bürgerlichen Pflichten. Möge die Regierung dafür sorgen, daß nicht dereinst die polnischen Soldaten, wenn sie ihre Pflicht im Felde gethan haben, die Pflichterfüllung verfluchen. Redner bespricht die Verfügungen der Regierungen in Danzig und Bromberg betreffend die polnische Sprache und meint, so weit gehe nicht einmal die russische Regierung. Man trage sich mit dem Gedanken, unter die polnischen und deutschen Katholiken Uneinigkeit zu bringen. Daher wolle man eine Theilung des Erzbisthums Posen-Gnesen vornehmen. Der deutsche Theil solle als besonderes General-Vicariat dem Fürstbisthum Breslau zugetheilt werden. Der liebe Gott kann aber doch nicht wollen, daß die Polen das Dungmittel für die germanischen Saaten abgäben.

Abg. **Staudy** (cons.) vertheidigt den H.K.T. - Verein gegen den Abg. Motty.

Finanzminister **v. Miquel** wendet sich gegen die Uebertreibungen des Abg. Motty. Die Regierung habe niemals daran gedacht, die polnische Muttersprache auszurotten. Ein Zusammenwirken in diesen Landestheilen werde für beide Theile segensreich sein. Die Polen hätten sich aber nicht abhalten lassen, besondere wirthschaftliche und wissenschaftliche Vereine zu gründen und dadurch neue Gegensätze hervorzurufen, in deren Hintergrunde Gedanken ruhten, die staatsgefährlich seien. Die Hoffnungen der Polen seien aber illusorisch; der preußische Staat würde den letzten Blutstropfen opfern für die Erhaltung dieser Provinzen. Die Erlernung zweier Sprachen sei für beide Theile nützlich. Deshalb sollten auch die Deutschen dort die polnische Sprache lernen. Der Minister schließt mit den Worten: Nach langen Schwankungen ist die Regierung zu einer Politik gelangt, die kein Ministerium mehr aufgeben wird, eine Politik der friedlichen Culturentwicklung, der positiven Stärkung des Deutschthums und der gerechten Behandlung der Polen zum Heile beider Nationalitäten. (Beifall.)

Darauf ergreift Abg. **v. Eynern** (nat.-lib.) das Wort.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. Januar.

Prozeß wegen Stimmenverkaufs.

Köslin, 23. Jan. Der bei der letzten Reichstagswahl in der Nachbarstadt Zanow angeblich vorgekommene **Stimmenkauf des Vorwerksbesitzers Richard Priebe** von dort war, nachdem auf Anweisung des Oberstaatsanwalts in Stettin Anklage erhoben worden war, heute der Gegenstand einer mehrstündigen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts hierselbst unter dem Vorsitze des Landgerichts-Directors Haenisch. — Der genannte, in günstigen Vermögensverhältnissen lebende Priebe ist angeklagt, „im Juni 1898 in Zanow in einer öffentlichen Angelegenheit **Wahlstimmen gekauft** zu haben“, während 23 ferneren Angeklagten (kleine Eigenthümer und Arbeiter) zur Last gelegt wird, „**ihre Wahlstimmen verkauft** zu haben“.

Am 24. Juni 1898 fand in Zanow **Reichstagsstichwahl** statt. Schon einige Tage vorher hatte der Angeklagte Priebe für den Candidaten der conservativen Partei, Amtsrath Kutscher in Jannewitz, Stimmung zu machen versucht. Er war persönlich zu den übrigen Angeklagten, welche er zum Theil selbst in deren Wohnungen antraf, gekommen, hatte sie aufgefordert, sich an der Stichwahl zu betheiligen und ihnen auseinandergesetzt, daß sie am besten thäten, wenn sie den Candidaten Kutscher wählten. Gleichzeitig versprach er ihnen dabei auch, wenn sie wegen des ihnen durch Ausübung der Wahl entstehenden Arbeitsverdienstes ihre Bedenken äußerten, den ihnen erwachsenen Schaden zu vergüten und die Versäumnißkosten zu tragen. Einzelne von den Angeklagten hatte er nicht zu Hause getroffen. In diesem Falle hat er auf den Namen Kutscher lautende Stimmzettel, welche zusammengefaltet waren, den Ehefrauen derselben übergeben mit der Weisung, sie ihren Männern auszuhändigen mit dem Bemerken, er werde ihnen die Kosten erstatten. — Am Tage der Wahl erschienen die sämmtlichen Angeklagten in dem dazu bestimmten Lokal und gaben dort ihre Stimmen ab. Die meisten wählten den von Priebe gewünschten Candidaten, mehrere dagegen stimmten für den Gegencandidaten Steinhauer. Priebe war bei den ganzen Wahlvorgängen zugegen und überzeugte sich davon, ob die Beschuldigten auch den Candidaten Kutscher wählten. — Nach der Wahl begab sich Pr. mit denselben in das Hotel von Schlüter und hier soll er den meisten Geld im Betrage von 1 Mk. oder 1,50 Mk. eingehändigt, auch auf seine Kosten die sämmtlichen Angeklagten mit Bier und Cigarren bewirthet haben.

Ueber das Ergebniß der Verhandlung entnehmen wir dem Bericht der „Kösl. Ztg.“ noch Folgendes zur Ergänzung: Der Angekl. Priebe gab den Inhalt der Anklage als richtig zu, will sich aber keiner strafbaren Handlung bewußt gewesen sein; er habe durch die Geschenke die Leute nur bestimmen wollen, überhaupt zur Stichwahl zu gehen, weil an der Hauptwahl trotz seiner Agitation nur zwei der Angeklagten sich betheiligt hatten. Ein bindendes Versprechen für Kutscher zu stimmen, habe er von niemand gefordert, noch erhalten, allerdings habe er stets hinzugefügt, daß K. der günstigste Abgeordnete sein würde. Die übrigen Angeklagten erklärten zum Theil für K., zum Theil aber auch für Steinhauer gestimmt zu haben, andere haben garnicht gewählt und mehrere standen überhaupt nicht in den Listen. Die meisten **haben einfach die ihnen von Pr. übergebenen Stimmzettel abgegeben, ohne gewußt zu haben, auf wessen Namen sie lauteten.** Mit Ausnahme von zweien haben sie indeß alle die Vergütungen angenommen. Die Vernehmung der Zeugen ergab, daß es am Wahltage in Zanow ein offenes Geheimniß gewesen ist, daß der, welcher Kutscher wählte, je eine Mark erhalten würde und daß Priebe sehr lebhaft für K. agitirt hat. — Der amtirende Staatsanwalt, Assessor Pretzel (Schwiegersohn des Hrn. Kutscher) beantragte gegen Priebe zwei Monat, gegen 22 Mitangeklagte je sechs Wochen Gefängniß und Freisprechung eines Tagelöhners. — Nach einstündiger Berathung erkannte der Gerichtshof auf kostenlose Freisprechung sämmtlicher Angeklagten. Wenn Priebe allerdings sehr lebhaft für die Candidatur Kutscher agitirt und versucht hat, bei der Stichwahl alle Mann mobil zu machen, so sei er bei seinen Bemühungen doch nicht über die Grenze des Erlaubten hinausgegangen, denn er habe niemals direct gesagt: „Ihr müßt Kutscher wählen“, er habe ihnen zwar auf dessen Namen lautende Stimmzettel übergeben und sie bei der Wahl auch beobachtet, dennoch habe nicht festgestellt werden können, daß er „Stimmen gekauft hat“, denn er hat keinen Versuch gemacht, einen Wähler für seinen Candidaten zu binden. Stimmung hat **Pr. für K. gemacht, dies ist aber nicht strafbar.**

Ein deutscher Ansiedler über Kiautschou.

In einer Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ **weist ein deutscher Ansiedler in Kiautschou die Angriffe gegen die Verwaltung des deutschen Gouvernements zurück und hebt die unermüdliche Thätigkeit desselben hervor. Dieselbe habe mit** einigen Pionieren schon Unglaubliches im Bau von Straßen und Brücken geleistet. **Die Hoffnungen der Regierung gingen alle bis jetzt in Erfüllung. Die Expeditionen des Hauses Carlowitz und der Disconto-Gesellschaft kehrten aus dem Innern zurück, wo sie unerschöpfliche Lager von Fettkohlen im deutschen Interessengebiete vorfanden.**

Regentschaft in Schweden.

Stockholm, 23. Jan. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Königs ist der Kronprinz bis auf weiteres als Regent mit der Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte der vereinigten Königreiche Schweden und Norwegen betraut worden.

Die Verwicklungen Frankreichs mit England

waren gestern Gegenstand der Besprechung in der **französischen Deputirtenkammer**, die sich mit der Berathung des Budgets des Aeußeren befaßte. Der Deputirte **Destournelles** ersuchte um Aufklärungen über die Faschoda-Frage und über die Beziehungen zu England. Er erklärte, das Land habe das Recht, zu wissen, wie die Lage sei, und ob man am Anfang oder am Ende der Verwicklungen mit England stehe. Er sei der Ansicht, daß man die schwebenden Streitigkeiten mit England durch einen für beide Theile ehrenvollen Vergleich beilegen solle. Ein Einvernehmen Frankreichs und Englands sei für ganz Europa von Nutzen, vielleicht hätten die Engländer noch mehr Interesse an der Erhaltung des Friedens als Frankreich. (Lebhafter Beifall.) Nachdem dann der Abg. Cochin eine Entzweiung zwischen den beiden Ländern als Unglück für die ganze Welt bezeichnet und Raiberti um Mittheilungen bezüglich der Conferenz zur Einschränkung der Rüstungen ersucht hatte, führte **Ribot** aus:

Er sei immer der Ansicht gewesen, Frankreich und England müßten zusammengehen zu ihrem gemeinsamen Wohle und zum Wohle der Welt. (Beifall.) Keine in verantwortlicher Stellung befindliche Persönlichkeit könne einen Krieg zwischen England und Frankreich wünschen. Redner bestritt, daß England gegenüber eine zänkische Politik getrieben worden sei, erörterte die Rechte Frankreichs auf Neufundland und Madagaskar und sagte, die Politik Englands sei nicht gerecht. Die Rechte Frankreichs auf Madagaskar seien unbestreitbar. Frankreich habe das Protectorat Englands über Zanzibar anerkannt unter der Bedingung, daß England dasjenige Frankreichs über Madagaskar anerkenne. (Beifall). Die ägyptische Frage sei es, die auf den Beziehungen zwischen Frankreich und England laste. England könne keine Ansprüche darauf erheben, das Protectorat über Aegypten auszuüben ohne Zustimmung Europas. (Beifall.) Es sei unrichtig, daß Frankreich es abgelehnt habe, über die **ägyptische Frage** zu verhandeln; **Frankreich** sei niemals einer derartigen Discussion aus dem Wege gegangen. (Beifall.) Zur Besprechung der **Allianz mit Rußland** übergehend sagt Redner: **Diese Allianz gewährleistet den Frieden Europas; wenn wir den Frieden aufrecht zu erhalten suchen, so geschieht das nicht, weil wir es müssen, sondern weil wir es wollen. Redner begrüßt schließlich die Annäherung zwischen Frankreich und Italien sowie das Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich und legt den Franzosen ans Herz, stets Frankreichs zu gedenken.**

Dann ergriff der Minister des Aeußeren **Delcassé** das Wort und sagte, seine Politik sei geleitet gewesen im Sinne der allgemeinen Interessen Frankreichs. Redner erinnert an die Rolle Frankreichs

in dem spanisch-amerikanischen Streitfall, eine Rolle, die der Republik zur Ehre gereicht habe, und aus welcher das Land moralischen Gewinn davon getragen habe. (Beifall.) Was den Abrüstungsvorschlag des Kaisers von Rußland angehe, so habe Frankreich denselben zu allererst angenommen, zunächst aus Achtung vor dem Haupte der befreundeten Nation, mit welcher niemals ein vollständigeres Einvernehmen bestanden habe, und sodann, weil Frankreich wußte, daß man nichts von ihm verlangen würde, was es schwächen könnte weder in der Gegenwart, noch in der Zukunft. (Beifall.) Der Minister erörtert sodann, daß die Stellung Frankreichs als Schutzmacht der Christen im Orient in keiner Weise beeinträchtigt worden sei, erinnert an die Rolle Frankreichs in der kretischen Frage und legt dar, daß Frankreich zu der Erhaltung des allgemeinen Friedens beigetragen habe. Es gebe aber nicht bloß glückliche, sondern auch traurige Ereignisse. Zwistigkeiten zwischen großen Staaten würden sich leider nicht immer vermeiden lassen, aber er, der Minister, glaube nicht, daß eine solche vorhanden sei, die sich nicht in versöhnlichem Geiste lösen lasse. In diesem Sinne habe er den Zwischenfall Faschoda erledigt.

Ueber die weitere Rede des Ministers Delcassé erhalten wir heute nachstehende Meldung:

Paris, 24. Januar. Im weiteren Verlaufe seines Exposé über die politische Lage verbreitete sich Delcassé ausführlich über die Faschoda-Angelegenheit und erklärte, er habe es für patriotisch gehalten, einen Conflict zu vermeiden, der ein Unglück für die ganze Welt gewesen wäre und Opfer gekostet hätte, die außer dem Verhältniß zu dem Streitobject gestanden hätten. (Beifall.) Frankreich bleibt bereit, alle Beschwerden Englands in der Hoffnung zu prüfen, seine Rechte zur Geltung zu bringen, aber auch in dem Bewußtsein, von niemand abhängig zu sein. Es dränge sich also die Nothwendigkeit einer behutsamen und durchsichtigen Politik auf, die, indem sie den Zweck wolle, sich nach den erforderlichen Mitteln umsehe. Eine solche sei die Politik der Regierung, aber es sei dazu die Zustimmung der Kammer erforderlich! (Einstimmiger Beifall.) Die weitere Berathung wurde schließlich auf die nächste Sitzung vertagt.

*

London, 24. Januar. Bei einem Banket der Handelskammer in **Birmingham** betonte der Lord-Präsident des Geheimen Rathes, der Herzog von **Devonshire**, die auf Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen begründeten guten Beziehungen Englands zu Amerika und führte aus, die Wahrnehmung gewisser gemeinsamer Interessen in verschiedenen Theilen der Erde in Verbindung mit der jüngsten entschlossenen Verfechtung der englischen Rechte, und ein gewisser Hinweis auf Englands Macht und seine Absicht, auch fernerhin auf diese seine Rechte zu bestehen, habe England in nähere Beziehungen gebracht zu Mächten wie Deutschland und Italien, ja, er wolle Rußland sogar nicht ausschließen, und was Frankreich betreffe, sei die nun wohl glücklich beendete Krisis eher dazu geeignet, die Luft zu klären. In einer kurzen Ansprache erklärte sich der Staatssecretär **Chamberlain** mit diesen Ausführungen einverstanden.

Samoanisches Theilungsproject.

London, 24. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Es schweben Verhandlungen zwischen England, Deutschland und den Vereinigten Staaten bezüglich einer Auftheilung der Samoagruppen; Amerika soll die Insel Tuluila mit dem Hafen von Pago-Pago, Deutschland Upolu mit dem Hafen von Apia und England die dem Umfange nach größte der Inseln Savaii (die jedoch an Bedeutung und Werth hinter Upolu zurücksteht) erhalten. Die Verhandlungen dürften erfolgreich sein.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Januar. Der Oberbürgermeister **Delbrück**-Danzig hat auf dem Städtetage einen Antrag eingebracht, die Regierung möge bei Ausführung des Reichsseuchengesetzes für eine **ausreichende Versorgung der Städte mit Fleisch** namentlich im Interesse der kleinen Leute und der arbeitenden Klassen Sorge tragen.

Der **Städtetag** hat beschlossen, zunächst dem Beschlusse des hannoverschen Provinzial-Städtetages beizutreten und die Staatsregierung zu ersuchen, von der **Ueberweisung** der ganzen **Wasserbau-Verwaltung** an das **Landwirthschaftsministerium Abstand zu nehmen.**

Berlin, 24. Jan. Staatssecretär **v. Podbielski** ist an einem Gichtanfall plötzlich erkrankt.

— Der Abg. **v. d. Gröben-Arenstein** hat seinen **Austritt** aus der conservativen Reichstagsfraction angemeldet.

— Die Reichsregierung **wird eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung** einbringen, welche für die Geschäftsangestellten eine zehnstündige Ruhezeit und einstündige Tischzeit vorsieht. Ausnahmen davon sollen zu Weihnachten und **während der** Inventur gestattet sein.

* **[Elektrischer Betrieb auf Staatsbahnen.]** Eine Mittheilung der „Berl. Börsenztg.“, daß im Eisenbahnministerium Berechungen über Einführung des elektrischen Betriebes auf der Hamburger Bahn angestellt worden seinen, die die Möglichkeit ergeben hätten, die 38 Meilen lange Strecke bis Hamburg in $1^3/_4$ Stunden zurückzulegen, wird für unrichtig erklärt. Die Bemerkung soll lediglich der Phantasie des Berichterstatters entstammen. Ferner war mitgetheilt worden, daß auf der Wannseebahn für die Einführung des elektrischen Betriebes Einleitungen getroffen würden. Auch das ist theilweise nur richtig. Es handelt sich nur um den Versuch, einen Wagenzug elektrisch anstatt mit einer Locomotive zu befördern. Dieser Versuch hat insbesondere auch den Zweck, über einige Vorfragen Aufklärung zu gewinnen, die für die Beurtheilung der elektrischen Zugförderung auf Hauptbahnen von Wichtigkeit sind.

* **[Noch ein schuldenfreier deutscher Staat.]** Kürzlich wurde mitgetheilt, das Fürstenthum Reuß ä. L. sei das einzige Land in Deutschland, das keine Staatsschulden besitze. Es sei deshalb erwähnt, daß auch das Herzogthum Altenburg in der glücklichen Lage ist, keine Staatsschulden zu haben.

* **[Der Flensburger Landrath Dr. Rasch]** war von den Agrariern beschuldigt worden, seinen amtlichen Einfluß zu Ungunsten des bündlerischen Candidaten bei der Landtagswahl verwerthet zu haben. Der Landrath erwiderte hierauf, er gebe die bündlerische Anschuldigung der öffentlichen Verachtung preis, und er stelle den Agrariern anheim, ihn für diese Aeußerung gerichtlich zu belangen. Wie jetzt aus Flensburg mitgetheilt wird, hat der Kreisvorsitzende des Bundes, Hofbesitzer Ziese, den Rath befolgt und einen Klageantrag wegen persönlicher Beleidigung gegen Dr. Rasch gestellt. Gleichzeitig erhebt aber die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ eine Klage wegen verleumderischer Beleidigung des Landraths gegen Ziese, sowie den verantwortlichen Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“, die Dr. Rasch in Folge der Wahlniederlage der Agrarier angegriffen und eines parteilichen Vorgehens beschuldigt hatte.

* **[Eheliches Güterrecht.]** Im Einführungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch ist bestimmt, daß für Ehen, die vor dem 1. Januar 1900 geschlossen sind, in Bezug auf das eheliche Güterrecht und die damit zusammenhängenden erbrechtlichen Verhältnisse die bisherigen gesetzlichen Vorschriften maßgebend bleiben, und daß auch die nach dem geltenden Rechte mit der Ehe oder dem ehelichen Güterrechte verbundene Beschränkung der Geschäftsfähigkeit der Frau nach dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches fortdauert. Die Entscheidung darüber, inwieweit eine Ueberleitung des bisherigen Güterrechtes angängig sei, glaubte man der Landesgesetzgebung vorbehalten zu sollen, weil sie besser in der Lage ist, die für die Lösung dieser Aufgabe unerläßliche Vergleichung des alten und des neuen Rechtes vorzunehmen. Der Entwurf eines preußischen Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch unterwirft die bestehenden Ehen, so weit thunlich, dem neuen Rechte, was nicht nur den Vortheil hat, daß die sachlichen Fortschritte, die das bürgerliche Gesetzbuch gegenüber den geltenden Gesetzen in Bezug auf das eheliche Güterrecht enthält, insbesondere auch die Bestimmungen, welche eine Verbesserung der Stellung der Frau bezwecken, schon vom 1. Januar 1900 an in vollem Umfange zur Geltung kommen, sondern auch im Interesse der Rechts- und Verkehrssicherheit dringend erwünscht ist, da die Buntscheckigkeit des gegenwärtigen Rechts ungemein groß ist.

München, 21. Jan. Hier hat sich ein Comité zur Veranstaltung von **Sympathiekundgebungen** für die **Friedensconferenz** gebildet. Es gehören ihm u. a. der Präsident der Akademie der Wissenschaften v. Pettenkofer, der erste Bürgermeister v. Borscht, der erste Vorstand des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten, Landtags-Abgeordneter Friedrich Seyboth, der erzbischöfliche Generalvicar Dr. Stiglesser, der liberale Reichstags-Abgeordnete für München I, Schwarz etc. an. Nach auswärts ist Fühlung genommen und die Gründung ähnlicher Comités in anderen Orten eingeleitet.

Frankreich.

Paris, 23. Jan. Der **Cassationshof** hat heute Mittag mit der **Vernehmung Esterhazys** begonnen. Das Erscheinen Esterhazys im Justizpalast ging völlig unbeachtet vorüber.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 24. Januar

Wetteraussichten für Mittwoch, 25. Januar,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wolkig, Niederschläge, windig. Wärmer.

* **[Ballfestlichkeit.]** Heute findet beim Herrn Oberpräsidenten v. Goßler eine größere Ballfestlichkeit statt, zu der über 300 Einladungen ergangen sind.

* **[Besichtigungsreise.]** Herr Oberstleutnant v. Spalding unternimmt zur Zeit eine Dienstreise zur Besichtigung von Remonte-Aufzucht-Anstalten und kehrt Ende dieses Monats hierher zurück.

* **[Rekruten-Besichtigung.]** Der Commandeur des Feldartillerie-Regiments Nr. 36, Herr Oberst Klauenflügel, hat sich gestern nach Pr. Stargard zur Rekruten-Besichtigung begeben.

* **[Schießschule.]** Der Chef des Generalstabes des 17. Armeecorps, Herr Oberstleutnant von Zwehl, befindet sich zur Zeit in Berlin, wohin derselbe zu einem vierwöchigen Cursus bei der Feldartillerie-Schießschule commandirt ist.

* **[Westpreußische Heerdbuch-Gesellschaft.]** Am 30. d. M. findet im Hotel „Danziger Hof“ eine Generalversammlung der Gesellschaft statt.

* **[Messerstecherei mit tödtlichem Ausgange.]** Wiederum ist ein Menschenleben dem Messer zum Opfer gefallen und zwar der Arbeiter Hermann Krause aus Ohra. Krause stand nach Aussage seines Bruders gestern Abend gegen 7 Uhr mit den Arbeitern Willy Dyrks und Höhn in Ohra auf der Straße und unterhielt sich mit denselben. Bei diesem Gespräch sollen Meinungsverschiedenheiten entstanden sein, die dahin führten, daß die beiden Gegner das Messer zogen und auf Krause einhieben. Kr. erhielt dabei viele Stiche und Schnitte, darunter einen Schnitt quer über den Nacken und einen Stich in die Rückenwirbelsäule, worauf er bewußtlos zusammenbrach. Man brachte ihn nach dem chirurgischen Lazareth in Danzig, wo er an den schweren Verletzungen nach einigen Stunden verstorben ist. Krause ist erst 22 Jahre alt und soll ein ruhiger Mensch gewesen sein. Die beiden Thäter sollen noch gestern in Ohra verhaftet worden sein.

* **[Die diesjährigen Kreissynoden]** sollen in Westpreußen bereits im Frühjahr abgehalten werden, während sie sonst meistens im Herbst stattfanden. Der Grund der Veränderung ist der Zusammentritt der westpreußischen Generalsynode im Herbst 1899.

* **[Ein Postjubiläum].** Sein 50jähriges Jubiläum begeht in diesem Jahre ein Postveteran, der im ganzen deutschen Reich bekannt ist und der es verdient, daß wir von seinem bevorstehenden Ehrentag gleichfalls Notiz nehmen. Tag und Nacht hat unser Jubilar kein anderes Bestreben gekannt, als der Allgemeinheit zu dienen und mit unentwegter Berufstreue hat er die langen Jahre hindurch sein schwieriges Amt versehen. Als unser Jubilar seine Postlaufbahn begann, da gab es allerdings auf der Post noch nicht jenes Hasten und Jagen, wie es heute der Fall ist, der schrille Ton der Lokomotive war ein selten gehörter Ton, desto häufiger der schmetternde Klang des Posthorns, das Rasseln der Schnellpost, deren Ankunft und Abgang das Tagesereigniß des Landstädtchens bildete und Jung und Alt vor der Post zusammenströmen ließ. Diese entschwundene Poesie des Postlebens hat unser Jubilar nie kennen gelernt — das Feld seiner Amtsthätigkeit lag fern ab von Posthornklang und Landstraße; war doch der Eisenbahn-Postwagen die Stätte, wo er seit fünfzig Jahren, seit dem 1. Mai 1849, wirkt. Wer der Jubilar ist — wird vielleicht schon mancher ungeduldige Leser fragen — — nun, er ist keine Person — — es ist — — der Briefkasten. Bald nach Einrichtung von ambulanten Bureaux im preußischen Postgebiete (1. Mai 1849) fing das korrespondirende Publikum an, Briefsendungen kurz vor Abgang der Züge an die expedirenden Beamten in den Eisenbahn-Postbureaux abzuliefern. Da hierdurch die Postabfertigung der Züge vielfache Störungen erlitt wurden noch im Jahre 1849 Briefkästen an den Eisenbahn-Postwagen und zwar zuerst an demjenigen der Route Berlin-Deutz angebracht.

In welchem Maße diese Einrichtung zu einem Bedürfniß des korrespondirenden Publikums wurde, geht in überraschender Weise aus den Ermittelungen hervor, welche 25 Jahre später, im Jahre 1873, über die Zahl der während eines zehntägigen Zeitraums in die Briefkasten an den Eisenbahn-Postwagen gelegten Briefsendungen angestellt worden sind. Von den damaligen Bahncomplexen hatte die größte Briefzahl die preußische Ostbahn mit 25 372 Stück; fast ebenso viel hatte die Berlin-Stettiner Eisenbahn mit 25 043, während die Berlin-Hamburger Eisenbahn es nur auf 1689 Briefe u. s. w. brachte. Unter den Orten, in welchen die Auflieferung mittels der in den Eisenbahn-Postwagen befindlichen Briefkasten besonders stark war, steht Stettin obenan mit 17 492 Briefen u. s. w. (davon 5270 bei Nacht), die zweite Stelle nimmt Danzig ein mit 8747 Stück (davon 8159 bei Nacht), dann folgen Königsberg mit 8592 (davon 8159 bei Nacht), Köln 6486 (4607), Berlin 6022 (1832). Hamburg nahm die neunte Stelle ein mit 4515 Stück (davon 2870 bei Nacht). Die Auflieferung so bedeutender Briefmassen durch die Briefkasten kurz vor Abgang der Züge erschwerte naturgemäß den Betrieb in den ambulanten Postbureaux ungemein. Nachdem die Postverwaltung die Einrichtung getroffen hat, daß die Briefkasten der Postämter auf den Bahnhöfen wenige Minuten vor dem Abgang der Eisenbahnzüge geleert werden, noch mehr aber in Folge der seit kurzer Zeit von der Eisenbahn-Verwaltung eingeführten Bahnsteigsperre ist die Inanspruchnahme der Briefkasten der ambulanten Postbureaux seitens des Publikums ganz erheblich eingeschränkt worden.

✠ **[Der westpreußische Provinzialverband der Ritter des Eisernen Kreuzes]** hielt am Sonntag eine aus Stadt und Provinz zahlreich besuchte **Delegirten-Versammlung** in Danzig ab. Nach dem dabei von dem Vorsitzenden Herrn **Hein-Danzig** erstatteten Geschäftsbericht pro 1898 zählt der Verband gegenwärtig 80 Mitglieder; gestorben sind im letzten Jahre 6. Nach dem alsdann erstatteten Kassenbericht betrugen die Einnahmen 810 Mk., die Ausgaben 134 Mk., so daß am Schluß des Jahres 1898 ein Bestand von 676 Mk. vorhanden ist. Zuwendungen sind dem Verband im verflossenen Jahre gemacht worden von den Herren Oberst Steppuhn-Danzig, Gutsbesitzer und Hauptmann der Reserve Petersen-Augustinken bei Briesen, Kaufmann Jacoby-Neuteich, Hauptmann und Fabrikbesitzer Muscate-Dirschau, Oekonomierath und Oberleutnant a. D. Aly-Gr. Klonia, Hofbesitzer Aßmann-Schönau, Besitzer Schwinkowski-Wotzlaff, Mühlenbesitzer Maczewski-Hohenstein, Oberförster Fehlkamm-Finkenstein. Unter Abänderung der Vereinssatzungen wurde dann beschlossen, den Jahresbeitrag pro Mitglied fortan auf **6 Mark festzusetzen** und von allen neu eintretenden Mitgliedern ein Beitrittsgeld von 6 Mark zu erheben. Des weiteren ging ein Beschluß der Versammlung dahin, dem Allgemeinen deutschen Bunde der Ritter des Eisernen Kreuzes treu zu bleiben. Die Beihilfe zu den Beerdigungskosten eines Mitgliedes wurde von 30 auf 50 Mk. in jedem Einzelfalle erhöht. Als Ort der nächsten Delegirten-Versammlung wurde wiederum Danzig gewählt. Die statutenmäßige Wahl des Vorstandes ergab, daß gewählt wurden die Herren Hein-Danzig als erster, Borchert-Langfuhr als zweiter Vorsitzender, Bartlewski-Danzig und Schulz-Danzig als Schriftführer, Lange und Marx-Danzig als Kassenführer. — Auf Anregung des Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, aus dem Ertrage des kürzlich abgehaltenen Wohlthätigkeitsfestes dem Fonds für Errichtung eines Kriegerdenkmals in Danzig 50 Mark zuzuwenden.

* **[Maurer-Innung.]** Die **alte Maurer-Innung** hat gegen die Einrichtung einer Zwangs-Innung Beschwerde beim Herrn Regierungs-Präsidenten eingelegt. Dieselbe ist indessen zurückgewiesen worden, auch hat der Herr Regierungs-Präsident die Schließung der Innung verfügt.

* **[Kirchlicher Dispens.]** Wie der Posener Erzbischof, so hat auch die bischöfliche Verwaltung in Pelplin den an den Festessen am Geburtstage des Kaisers theilnehmenden Katholiken Dispens vom kirchlichen Fastengebot ertheilt.

* **[Zauber-Soirée.]** Am Sonntag und Montag wird Herr Zauberkünstler Dryß im Apollosaale des Hotel du Nord Zaubersoiréen veranstalten, die recht interessant zu werden versprechen; denn die uns vorliegenden Berichte aus anderen größeren Städten, in denen Herr Dryß bisher aufgetreten ist, sprechen sich sehr beifällig über seine Vorstellungen aus, insbesondere wird Herrn D. Gewandtheit und ein guter Humor bezeugt.

* **[Postkarten zum Geburtstage des Kaisers]** hat die hiesige Firma W. F. Burau herausgegeben. Dieselben tragen auf der Textseite ein in Radirungsart hergestelltes, sehr plastisches Bild des Kaisers mit dem Datum 27. Januar 1899.

* **[Zusammenstoß.]** Als heute früh gegen 7 Uhr ein Milchwagen die Langgasse entlang fuhr, wurde das vor denselben gespannte Pferd in Folge des durch einen hinter ihm herkommenden elektrischen Motorwagen verursachten Geräusches scheu, sprang zur Seite und drückte dabei den Wagen gegen das Straßenbahngeleise. Obwohl der Führer des in diesem Moment herankommenden Motorwagens sofort alles that, um denselben zum Stehen zu bringen, konnte er doch nicht verhindern, daß sein Wagen den Milchwagen faßte und umwarf, so daß die auf demselben befindlichen Milchkannen ihren Inhalt auf die Straße ergossen und der Wagen selbst erheblich beschädigt wurde. Die Führerin des Milchfuhrwerkes, die auch von demselben herunter auf die Straße geschleudert wurde, kam glücklicherweise ohne Verletzung mit dem bloßen Schrecken davon.

* **[Ein dreister Diebstahl]** wurde gestern Mittag in der Marienschule (Jopengasse) verübt. Dort war wenige Stunden zuvor ein brauner Koffer mit Wäsche für zwei Pensionärinnen abgeliefert worden und hatte im verschlossenen Hausflur Aufstellung gefunden. Als Mittags der Hausdiener, der einen Gang besorgt hatte, zurückkehrte, sah er zwei verdächtige Gestalten vor dem Hause stehen. Er schloß daher die Hausthür ab, wobei der eine der Gauner sagte: „Nun schließt der die Thüre ab!“ Als der Hausdiener darauf fragte: „Haben Sie denn hier im Hause zu thun?“ hüllten sich die Beiden in Schweigen, verharrten aber vor der Thüre. Wenige Augenblicke später muß die Hausthüre von einer Schülerin wieder geöffnet sein und diesen Moment benutzten die frechen Diebe, die also geradezu auf der Lauer gelegen haben, den Koffer aufzupacken und zu verschwinden. Man sah sie noch in der Richtung nach der Mottlau zu fliehen, konnte sie aber nicht mehr einholen.

* **[Strafkammer.]** Zwischen Altentheilempfänger und Altentheilgeber pflegt wohl überall selten ein freundschaftliches Verhältniß zu bestehen. Besonders feindlich stehen sich der Besitzer Bernhard Müller-Karlikau einerseits und die Altentheil-Empfängerin Barbara Müller, die Mutter des ersteren, andererseits gegenüber. Für den Besitzer B. Müller ergriff außerdem noch sein Bruder, der Rentier Julius Müller-Karlikau, Partei. Am 21. Juli v. Js. kam es nun zwischen den beiden feindlichen Parteien zu einem besonders krassen Auftritt. Während sich die Barbara Müller, eine Frau von 71 Jahren, über den Hof begab, machte sie der jugendlichen Wirthin des Bernhard Müller, Augustine Kowalewski, Vorwürfe, daß diese die Zeit müßig vertändele. Die Kowalewski wußte, daß Bernhard Müller sie in Schutz nehmen würde, und versetzte der alten Frau ein paar Faustschläge ins Gesicht. Die ebenfalls auf dem Hofe beschäftigten Brüder Julius und Bernhard Müller ergriffen denn auch sofort für die Kowalewski Partei und beschimpften und bedrohten ihre Mutter. Diese entfernte sich und suchte bei ihrem jüngsten Sohne Albert Schutz, der eine Stunde später auf der Bildfläche erschien und seinen Brüdern nun wieder Vorwürfe über die schlechte Behandlung der Mutter machte. Hierbei soll Julius Müller die Drohung ausgestoßen haben, wenn ihm „das alte Weib“ noch viel in den Weg laufe, werde er sie mit der Axt klein hacken. Das Schöffengericht, das sich alsdann mit der wenig schönen Familienangelegenheit zu befassen hatte, verurtheilte die Kowalewski wegen Körperverletzung zu drei Tagen Gefängniß und den Julius Müller wegen Bedrohung zu 14 Tagen Gefängniß. Die Strafkammer in Danzig, die sich gestern in der Berufungsinstanz abermals mit der Affaire zu beschäftigen hatte, verwarf die Berufung der Verurtheilten und bestätigte das Erkenntniß.

* **[Diebstahl.]** Gestern Nachmittag **bemerkte ein auf** dem Güterbahnhofe am Legethor beschäftigter Angestellter, wie ein Mensch aus einem dort stehenden Eisenbahnwagen sich einen Sack Mehl im Gewicht von 75 Kilogr. aneignete und mit demselben das Weite suchte. Er eilte dem Diebe nach und übergab ihn einem herbeigerufenen Schutzmann, der ihm seinen Raub abnahm und ihn in Haft brachte. **Derselbe wurde als der** Arbeiter P. aus Ohra festgestellt.

Aus den Provinzen.

Elbing, 24. Januar. In **Oberkerbswalde** sind Nachts die **Wirthschafts- und Wohngebäude** des Besitzers **Esau niedergebrannt. Sämmtliche Pferde,** das Vieh und das Mobiliar sind mit verbrannt. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor.

ei. **Dt. Eylau, 23. Jan. [Ein dreibeiniger Hirsch.]** Kürzlich entdeckte Herr Förster Buchhorn von hier im Schnee die Fährte eines Hirsches, welche den Abdruck von nur drei Hufen aufwies. Der Fährte folgend, kam Herrn B. ein alter Hirschbulle zu Schuß, welchem an einem Hinterbein der Unterschenkel fehlte. Die Besichtigung ergab, daß das Thier schon vor langer Zeit — wahrscheinlich in Folge eines Schusses — das fehlende Glied verloren haben muß, da die Wunde vollständig vernarbt und der Oberschenkel des betreffenden Beines ganz verkümmert, sowie die Geweihhälfte auf dieser Seite sehr klein und ganz mißgestaltet war.

* **Graudenz, 20. Jan.** Der **fahrläßigen Körperverletzung** sollte sich der Besitzer **Paul Meyer** schuldig gemacht haben. Das hiesige Landgericht hat ihn aber am 19. Oktober v. J. nur wegen Uebertretung der Polizeiverordnung betreffend die Sicherung **landwirthschaftlicher Maschinen** zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte hatte eine Häckselmaschine angekauft, die nur zum Theil bedeckt war. Ein Arbeiter gerieth beim Schneiden in die Maschine und verlor dabei die Finger. Bei der ärztlichen Behandlung mußte dem Unglücklichen dann noch der linke Unterarm amputirt werden. M. hatte die Maschine auf der **landwirthschaftlichen Ausstellung gekauft** und durfte, wie das Landgericht im Urtheil ausführt, annehmen, daß die an der Maschine angebrachten Schutzvorrichtungen sich in der Praxis bewährt haben, weshalb eine Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen erscheine. **Das Reichsgericht** billigte jedoch diese Rechtsausführung nicht, sondern hob heute auf die Revision des Saatsanwalts **das Urtheil auf** und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

s. **Flatow, 22. Jan.** Der nach **Verbüßung einer 30jährigen Zuchthausstrafe** am 14. d. M. in Graudenz **begnadigte** August Duszynski stammte aus Flatow. Seine Mutter war die unverehelichte Johanna Duszynski, welche ihren unehelichen Sohn August mit großer Zärtlichkeit liebte, aber auch manchmal mit einer unmenschlichen Rohheit mißhandelte. In Flatow kannte man die Frau nur unter dem Namen „Hanne Quack“. Sie hatte nämlich einmal Enten gestohlen und trug sie unter der Schürze versteckt nach Hause. Auf einmal fingen die Enten an zu quacken, wodurch der Diebstahl entdeckt wurde. Von nun an durfte man nur hinter der Frau „Quack“ rufen, so brachte sie dieses in eine förmliche Raserei. Ihr August erlernte das Maurerhandwerk und sollte an einem Sonntage freigesprochen werden. Am Sonnabend vorher ging er aber mit einigen seiner Freunde durch und kam ziemlich stark angetrunken um $9^1/_2$ Uhr Abends nach Hause. Seine Mutter machte ihm darüber Vorwürfe. Einige Nachbarn wollen die Worte: „Hast du Gott, hast du Religion im Herzen?“ gehört haben. Dann wurde es in der Stube still. Der ungerathene Sohn verließ nun diese und ersuchte einen auf der Straße getroffenen Bekannten, mit ihm in seine Wohnung zu kommen, er wolle ihm auch eine Cigarre geben. Beim Betreten der Stube rief er laut: „Mutter, Mutter, mache Licht an!“ Da sich nun niemand meldete, sagte er: „Vielleicht hat jemand meine Mutter ermordet“, und machte mit einem Streichhölzchen Feuer an. Ein schrecklicher Anblick bot sich dar. Die Frau lag mit zerschnittenem Gesicht und zerschmetterter Brust todt da. Der ungerathene Sohn hatte noch die Frechheit, zu seinem Begleiter zu sagen: „Du hast meine Mutter ermordet.“ Der Verdacht lenkte sich natürlich sofort auf ihn. Man fand auch die blutige Axt, mit welcher der Frau die Brust eingeschlagen, und das blutige Messer, mit dem das Gesicht zerschnitten war. Der Verdächtige wurde festgenommen und von dem Schwurgericht zum Tode verurtheilt, vom Könige jedoch zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe begnadigt.

Memel, 20. Jan. Nimmersatt und Immersatt. Man schreibt dem „Mem. Dampfb.“: Inmitten der Ortschaft Nimmersatt liegt die Postagentur, die den Namen Immersatt führt. Der Name Nimmersatt kommt wahrscheinlich von der öden, unfruchtbaren Gegend her, die hier früher zu finden war. Die Posthalterei führte auch den Namen Nimmersatt bis in die Zeit Friedrich Wilhelms III. hinein. Damals ging die große Verkehrsstraße zwischen Berlin und Petersburg über Memel und Nimmersatt. Der König kam einmal von Rußland; in Nimmersatt wurden der Kutsche sechs Pferde vorgelegt, und der Posthalter, ein Herr Mellien, hatte die Verpflichtung, dem Könige als Vorreiter zu dienen. Längs des Meeresstrandes ging die Fahrt nach Memel, wo der Posthalter die Ankunft des Königs zu melden hatte. Friedrich Wilhelm III. sprach bei der Verabschiedung des Posthalters seine Anerkennung über den strapaziösen Ritt aus und gewährte ihm die Gnade, einen Wunsch aussprechen zu dürfen. Herr M. entgegnete ungefähr Folgendes: „Ich habe sonst keinen Wunsch, Ew. Majestät; nur der Name Nimmersatt gefällt mir nicht; denn ich bin immer satt und bitte, meiner Besitzung den Namen Immersatt verleihen zu wollen!“ Dieser bescheidene Wunsch wurde gern erfüllt, und seitdem heißt die in der Ortschaft Nimmersatt liegende Postagentur auf ewige Zeiten Immersatt. Die Nachkommen des damaligen Posthalters leben heute noch im Kreise.

Vermischtes.

Unerwartete Sühne einer Blutschuld.

Im gräflich Pourtalès'schen Walde hatte sich vor längerer Zeit eine dunkle That abgespielt.

Dort war die Voigtstochter gaudich beraubt und ermordet worden. Am 10. und 11. Januar hatte das Schwurgericht in Breslau über diesen **Raubmord** zu befinden. Auf der Anklagebank saßen der Gärtner Pohl aus Tschipkeil und das Dienstmädchen Wolf, die der That dringend verdächtig erschienen. Pohl leugnete hartnäckig seine Mitthäterschaft, die Wolf dagegen war geständig. Das Schwurgericht verurtheilte daher das geständige Dienstmädchen zum Tode und sprach den Gärtner frei. Aber nicht lange sollte sich Pohl der goldenen Freiheit erfreuen, sondern sein schweres Verbrechen wird doch noch nachträglich voll und ganz seine Sühne erhalten. Wie nämlich dem „Liegn. Tgbl." aus Wohlau berichtet wird, ist der Freigesprochene in dem Augenblicke wieder verhaftet worden, als er seinen Wohnsitz verändern wollte. Unter den Sachen, die er mit sich nehmen wollte, fand man die bisher vergeblich gesuchten, der ermordeten Voigtstochter geraubten beiden Hundertmarkscheine.

Erdbeben im Peloponnes.

Athen, 24. Jan. Gestern früh 9½ Uhr wurde in dem ganzen Peloponnes, namentlich in den südwestlichen Departements ein starkes Erdbeben verspürt. In der Stadt Philiatra sind sämmtliche Häuser geborsten, die Einwohner campiren unter freiem Himmel. Zwei Ortschaften in der Umgegend von Philiatra sind vollständig zerstört. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen; dagegen erlitten mehrere Personen Verletzungen. In der Stadt Kyparissia sind ebenfalls sämmtliche Gebäude beschädigt, einige sind eingestürzt. In den Departements Kyparissia und Philiatra dauern die Erschütterungen fort. In einer Ortschaft wurden etwa 50 Kinder verletzt. Die Ortschaft Staso ist zerstört. Ob dort Personen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht bekannt. In Navarino und Kalamanta sind einige Häuser beschädigt; doch kennt man die Höhe des Schadens noch nicht. In der Umgegend von Zante wurde das Erdbeben sehr stark verspürt; doch wurde kein Schaden angerichtet. Die Erdstöße folgten gestern vom frühen Morgen ab unaufhörlich aufeinander. Da die Einwohner sich weigern, in ihre Wohnungen zurückzukehren, verlangten sie Zelte und Unterstützung, welche die Regierung abgesandt hat.

Standesamt vom 24. Januar.

Geburten: Schuhmachergeselle Oskar Lange, S. — Klempner Friedrich Neubert, S. — Arbeiter Andreas v. Kostka, S. — Schmiedegeselle August Jordan, T. — Kutscher Jakob Golla, S. — Bauunternehmer Franz Groos, S. — Arbeiter Adolph Lengenfeldt, S. — Hausdiener Hermann Mahlin, S. — Wächter Adolph Sirakowski, S. — Zimmergeselle Rudolf Bock, S. — Missionar Karl Wolff, S. — Schneider Franz Dobrowolski, S. — Schlossergeselle Karl Rehwaldt, T. — Schmiedegeselle August Weiß, T. — Schmiedegeselle Adolph Bauer, S. — Schmiedegeselle Wilhelm Storbel, S. — Arbeiter Karl Gehlz, S. — Holzarbeiter Robert Karschke, S. — Schmiedegeselle Wilhelm Marquardt, T. — Arbeiter Johann Sperling, T. — Unehelich: 1 T.

Aufgebote: Königl. Regierungs-Assessor Dr. jur. Max Dolle hier und Marie Emily Stoddart zu Zoppot. — Tischlergeselle Franz Karl Czarnetzki und Babara Walenczykowski, beide hier. — Arbeiter Wladislaus Chleborowicz zu Briesen und Rosalie Pietrazynski zu Mocker. — Postassistent Karl Eduard Klatt hier und Anna Hulda Elisabeth Groddeck zu Hochstüblau.

Heirathen: Kaufmann Albert Landwehr und Frieda de Jonge. — Fleischergeselle Adam Kaminski und Clara Krieschen, geb. Hübner. — Schuhmachergeselle Theodor Niklewski und Alwine Schock, geb. Heymann. — Schuhmachergeselle Franz Kosznik und Franziska Peplinski. — Tischlergeselle Felix Klawitter und Martha Stempa. — Diener Herrmann Walker und Emilie Drews. — Schiffer Theodor Gomulski und Apollonia Czarra. Sämmtlich hier.

Todesfälle: Königl. Haupt-Zollamts-Assistent Julius Alexander Gustav Hohendorf, 49 J. — S. d. Arbeiters Adolph Lengenfeldt, ½ Stunde. — Arbeiter Hermann Krause, 21 J. — Handelsmann Nathan Michaelson, 60 J. 8 M. — S. d. Schneiders Gottlieb Lenski, 3 J. 2 M. — Unverehelichte Anna Louise Antonie Wiens, 48 J. — S. d. Schneiders Franz Dobrowolski, 10 Minuten. — S. d. Arbeiters Franz Fenski, 7 J. 10 M. — Brauerei-Arbeiter Andreas Borkowski, 37 J. — Unehel.: 1 T.

Danziger Börse vom 24. Januar.

Weizen hatte heute bessere Kauflust bei vollen Preisen. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 682 Gr. 142 M, 747 Gr. 158 M, hochbunt 777 Gr. 162½ M, 788 Gr. 163 M, weiß bezogen 761 Gr. 148 M, weiß 766 Gr. 162 M, 772 Gr. 164 M, roth 740 Gr. 156 M, 753 Gr. 157 M per Tonne.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländ. 697 Gr. 138 M, 699 Gr. 139 M, 697, 705 und 717 Gr. 140 M, 720, 729, 738, 744 und 750 Gr. 142 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländ. große 650 Gr. 126 M, 674 Gr. 136 M, russ. zum Transit Futter- 90, 91 und 92 M per Tonne. — **Hafer** inländisch 123, 125 und 126 M, weiß 127 M per Tonne bez. — **Erbsen** inländ. weiße 130 M, polnische zum Transit weiße mittel 122 M per Tonne geh. — **Pferdebohnen** inländische 127 M per Tonne gehandelt. — **Kleesaaten** weiß 26 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Weizenkleie** grobe 4,10 M, feine 3,90 M per 50 Kilogr. bez.

Spiritus matter. Contingentirter loco 58,80 M Br., nicht contingentirter loco 39 M Br., Februar-Mai 39½ M Br., 39 M Gd.

Central-Viehhof in Danzig.

Auftrieb vom 24. Januar.

Bullen 48 Stück. 1. Vollfleischige Bullen höchsten Schlachtwerths 30—31 M, 2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere Bullen 26—28 M, 3. gering genährte Bullen 22—25 M. — Ochsen 73 Stück. 1. vollfleischige ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerths bis zu 6 Jahren 30 M, 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Ochsen 27—28 M, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere Ochsen 22—24 M, 4. gering genährte Ochsen jeden Alters 20—21 M. — Kühe 101 Stück. 1. vollfleischige ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerths 28—29 M, 2. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 27 M, 3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Kühe und Kalben 24—25 M, 4. mäßig genährte Kühe und Kalben 21—22 M, 5. gering genährte Kühe und Kalben 17—20 M. — Kälber 149 Stück. 1. feinste Mastkälber (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 43—44 M, 2. mittl. Mast-Kälber und gute Saugkälber 36—40 M, 3. geringere Saugkälber 33—34 M, 4. ältere gering genährte Kälber (Fresser) — M. Schafe 92 Stück. 1. Mastlämmer und junge Masthammel 26 M, 2. ältere Masthammel 22—23 M, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) — M. Schweine 246 Stück. 1. vollfleischige Schweine im Alter bis zu 1¼ Jahren 40 M, 2. fleischige Schweine 37—39 M, 3. gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber 33—35 M. Ziegen —. Alles pro 100 Pfund lebend Gewicht. Geschäftsgang: mittelmäßig.

Direction des Schlacht- und Viehhofes.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Concurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Emil Plebuch** hier, Kohlenmarkt 13, wird heute am

23. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten,

das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Adolph Eick** hier, Breitgasse 100, wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 25. Februar 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die im § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf den

18. Februar 1899, Vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

7. März 1899, Mittags 12 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Pfefferstadt, Zimmer 42, Termin anberaumt. (1123

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 17. Februar 1899 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht 11 zu Danzig.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Moritz Sommerfeld**, in Firma **M. Sommerfeld** in Danzig ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 6. Februar 1899, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hier, Pfefferstadt, Zimmer 42, anberaumt.

Danzig, den 20. Januar 1899.

Dobratz,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts. Abthl. 11.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Feuerungsmaterialien für die Bureau- und Geschäftsräume der Königlichen Provinzial-Steuer-Direction, der Königlichen Erbschaftssteuer-Aemter sowie des unterzeichneten Haupt-Zoll-Amts einschließlich der Zollabfertigungsstelle am Bahnhofe Leege Thor hierselbst während des Etatsjahres 1899 — 1. April 1899 bis 31. März 1900 — nämlich 1520 hl schlesische Würfel-Steinkohlen aus der Königshütte bei Zabrze in Ober-Schlesien und 43 cbm Kiefern-Klobenholz soll im Wege der Submission vergeben werden, und liegen die Bedingungen in unserer Registratur, Schäferei Nr. 11, zur Einsicht aus.

Hierauf bezügliche Angebote sind uns versiegelt und mit der Aufschrift „Kohlen- und Holzlieferung" bis zu dem auf

Montag, den 30. Januar d. Js., 10 Uhr Vormittags,

in unserer Kasse anberaumten Termin einzureichen.

Danzig, den 19. Januar 1899. (1085

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 16. Januar 1899 ist an demselben Tage in das diesseitige Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 149 eingetragen, daß der Kaufmann **Rudolf Zimmermann**, jetzt hier, für seine Ehe mit seiner Ehefrau **Hedwig, geb. Brandt**, durch Vertrag de dato Schwetz, den 10. Dezember 1891 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung ausgeschlossen hat, daß alles, was die Braut in die Ehe einbringt oder sonst wie erwirbt, die Natur des vertragsmäßig vorbehaltenen Vermögens haben soll.

Graudenz, den 16. Januar 1899. (1067

Königliches Amtsgericht.

Beschluß.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Maschinenbauers **Hermann Dombrowski** in Groß Brudzaw wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Strasburg, den 13. Januar 1899. (1068

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Verwaltungsjahr 1. April 1899 bis Ende März 1900 soll der Bedarf an Brenn- und Beleuchtungsmaterialien, Bekleidungs- und Wäschestücken, Nähmaterialien, Kips- und Sohlenkernleder pp. nach Maßgabe der aufgestellten Bedingungen und der darin annähernd bezeichneten Quantitäten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Versiegelte Offerten mit entsprechender Aufschrift sind bis zu dem auf

Donnerstag, den 2. Februar 1899,
Vormittags 11 Uhr,

im hiesigen Bureau anberaumten Termine frankirt einzureichen. Den Offerten auf Bekleidungs- und Wäschestücken pp. sind Proben beizufügen. Die Lieferungsbedingungen liegen hier in den Dienststunden von 9—12 Uhr Vormittags zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Abschreibegebühren von 50 ₰ bezogen werden.

In der Offerte muß die Preisangabe für die angebotenen Gegenstände pro 1 m bezw. 1 Paar, 1 Stück, 1 Kgr., sowie der Vermerk enthalten sein, daß der Submittent sich den Lieferungsbedingungen unterwirft. Offerten, welche diese Angaben nicht enthalten, finden keine Berücksichtigung. (704

Tempelburg bei Danzig, den 10. Januar 1899.

Provinzial-Zwangserziehungs-Anstalt.
Der Director.
Krause.

Bekanntmachung.

Die Nutzung der Sommer- und Winter-Fischerei auf dem westpreußischen **Geserich-See** mit Einschluß des Kalfanges auf demselben und dem Eilenzfluß bis zur Hausmühle, soll auf die Dauer von 6 Jahren, und zwar vom 1. April 1899 bis ultimo März 1905, meistbietend verpachtet werden.

Zu diesem Zweck haben wir einen Licitationstermin auf

Mittwoch, den 8. März d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Magistrats-Bureau hierselbst anberaumt, zu welchem Pachtlustige eingeladen werden.

Die Pachtbedingungen können vorher während der Dienststunden bei uns eingesehen werden.

Bemerkt wird, daß die zu verpachtenden Gewässer einen Flächeninhalt von über 3300 Morgen haben, besonders fischreich sind und daß durch die Thorn-Insterburger, sowie Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn der Absatz der Fische mit Leichtigkeit bewirkt werden kann.

Dt. Eylau, den 19. Januar 1899. (1071

Der Magistrat.
Grzywacz.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Kl. Rabem, Band 3, Blatt 57, auf den Namen des Fleischers **Wilhelm Laskowski** in Gütergemeinschaft mit **Anna geb. Schwich** eingetragene, zu Kl. Rabem belegene Grundstück

am 2. März 1899, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 21,30 M Reinertrag und einer Fläche von 1,9180 Hectar zur Grundsteuer, mit 45 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des — Grundbuchblattes — etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Zimmer Nr. 7 eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am

3. März 1899, Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 9, verkündet werden.

Dt. Eylau, den 7. Januar 1899. (546

Königliches Amtsgericht.

Es laden in Danzig:
Nach London:
SS. „Agnes", ca. 24./28. Januar.
SS. „Freda", ca. 31. Jan./5. Febr.
SS. „Mlawka", ca. 6./11. Februar.
SS. „Blonde", ca. 10./12. Febr.
Es ladet nach Danzig:
In London:
SS. „Blonde", ca. 25./31. Januar
Von London eingetroffen:
SS. „Agnes", löscht am Packhof.
Th. Rodenacker.

Danziger Stadt-Theater.

Direction: **Heinrich Rosé.**

Mittwoch, den 25. Januar 1899,
Nachmittags 3½ Uhr.
Bei kleinen Preisen.
Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind frei einzuführen.
Barfüßchen
und
Die 3 Männlein im Walde.

Abends 7½ Uhr.
Abonnements-Vorstellung. P. P. A.
Lohengrin.
Oper in 3 Akten von Richard Wagner
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Der größte Fortschritt im Waschverfahren
ist das berühmte
Minlos'sche Waschpulver
genannt **Lessive Phénix**
nach dem französ. Patent **J. Picot, Paris.**

In den bedeutendsten Frauenzeitungen besprochen und sehr empfohlen. Keine Seife, weder in Stücken noch in Pulverform (Seifenpulver), darf gleichzeitig mit Lessive Phénix angewandt werden; dasselbe giebt bei einfachstem, schonendstem, schnellstem und billigst denkbarem Waschverfahren eine blendend weiße und vollständig geruchlose Wäsche.

Prämirt mit mehr als 50 Medaillen und anderen Auszeichnungen.
Zu haben in Drogen-, Colonialwaaren- und Seifenhandlungen oder direct von:
Fabrikation für Lessive Phénix, Patent J. Picot, Paris, L. Minlos & Cie., Köln-Ehrenfeld.

Die Holz-Jalousie-Fabrik, Bau- und Möbeltischlerei von
C. Steudel,
Danzig, Fleischergasse Nr. 72,
empfiehlt ihre best bekannte
Holz-Jalousie
sowie deren Reparaturen zu den billigsten Concurrenz-Preisen. Preis-Katalog gratis u. franco.

General-Versammlung
des
Prämien-Vereins zur Belohnung treuer weiblicher Dienstboten.

Mittwoch, den 25. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, findet im Conferenz-Zimmer der Victoriaschule (Holzgasse 24/25) die diesjährige General-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorsitzenden und des Kassenführers und Prüfung der Jahresrechnung. 2. Beschluß bezüglich der diesjährigen Prämiirung. (1040

Schriftliche Anträge der Mitglieder auf Prämiirung ihrer Dienstboten sind dem Unterzeichneten einzureichen.

Danzig, den 20. Januar 1899.

C. Boie, z. 3. Vorsitzender.

Metzer Dombau-Geldlotterie.
Ziehung vom
11.—14. Februar 1899.
Loose à 3,30 Mk.
sind zu beziehen durch die
Expedition der Danziger Zeitung.

Moskauer Internationale Handelsbank.
Gegründet im Jahre 1873.
Langenmarkt No. 11.
Voll eingezahltes Grund-Capital 10 000 000 Rubel,
Reserven . . . . 3 700 000 „
gleich ca. 30 Millionen Mark.
Wir verzinsen:
Baareinlagen ohne Kündigung
bis auf Weiteres
zu vier Procent.
Moskauer Internationale Handelsbank
Filiale Danzig.
Concessionirt in Preussen durch Ministerialrescript vom 11. Juli 1894.

Ein wahrer Schatz
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk:
Dr. Retau's Selbstbewahrung
80. Aufl. Mit 27 Abb. Preis 3 Mark. Lese es Jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Tausende verdanken demselben ihre Wiederherstellung. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 34, sowie durch jede Buchhandlung.

Benützen Sie für 50 ₰
Heublumen-Seife
(System Kneipp).

Guter Klavierspieler wohnt Heil. Geistgasse 99, 2 Tr. Es werd. die beliebt. Tänze gesp.

Einige Tausend Liter
Kirschsaft
habe noch abzugeben.
Eduard Zoch,
Lauenburg Pomm. (1076

Gothaer Lebensversicherungsbank.
Versicherungsbestand am 1. Dezbr. 1898: 750 Millionen Mark.
Bankfonds 239⅘ Millionen Mark.
Dividende im Jahre 1898: 30 bis 136% der Jahres-Normalprämie — je nach dem Alter der Versicherung.
Vertreter in Danzig: **Karl Heinrich**, Hundegasse 119.

Für Eheleute.
Neueste hygienische Schutzmittel.
Ill. Preisl. geg. Zehnpfennigmarke.
G. Engel, Berlin 83
Potsdamerstr. 131.

Seit 12 Jahren bestens bewährtes Linderungs- und Genußmittel gegen **Husten, Heiserkeit und Verschleimung** sind die **Heidt'schen** (117
Zwiebelbonbons.
Nur echt mit der Schutzmarke Löwe und nur in Packeten à 10, 20, 30 und 50 ₰ allein zu haben bei **Gustav Seiltz**, Hundegasse 21, vis-à-vis dem Kaiserl. Postamt.

Heirath!
Eine junge, wohlerzogene Dame, 23 Jahre alt, 30000 Mk. Vermögen, der es an passender Herrenbekanntschaft fehlt, weil der Beruf des Vaters ihn zwingt, den größten Theil seiner Zeit außer dem Hause zuzubringen, und die Familie daher zurückgezogen lebt, wünscht sich zu verheirathen. Höh. Beamte, Aerzte u. gutsituirte Industrielle werd. bevorzugt (Wittw. nicht ausgeschl.) Off. u. M. B. 99 postl. Bromberg erb.

Heirathspart. reiche, größt. Ausw. verlange Zusend. u. Mittheil. ums. D. M. Berlin 9

Champagner
Söhnlein & Co
Schierstein Rheingau | Aÿ-Champagne Frankreich
Marken:
„Rheingold" „Keisermarke" | „Carte Blanche" Grand Vin d'Aÿ.
Bezug durch den Weinhandel.

Stadtgebiet 32/33 ist e. Stube, heizb. Kab., Küche, Kell., Bod., Stall u. Gartenantheil, f. monatl. 15,50 Mk. zu vermiethen.

6-8000 Mk.
gegen sichere hypothekarische Eintragung von sogleich gesucht. Zinsen nach Uebereinkunft 5—6 % p. a.
Offerten unter **B. 475** an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

18—20000 M werden z. ersten Stelle auf ein neu erbautes Grundstück gesucht. (8771
Offerten unter **B. 474** an die Expedition dieser Zeitung erbet.

Ein Kaufmann wünscht sich mit
6-10 Mille Mark
als Theilhaber an einem rentablen Unternehmen, gleichviel welcher Branche, zu betheiligen.
Offerten mit genauen Details unter **B. 472** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Trockene, kieferne
Fußböden
30 u. 35 mm stark, 1., 2. u. 3. Kl., nach Zimmerlängen zugeschnitten, gehobelt und gefedert, liefert
A. Hildebrandt,
Christburg.

Frisch geschossene
Hasen.
Frisch geschoss. Hasen à 2,50 M liefert ins Haus und erbittet Bestellung per Karte (1044
Kleinhof b. Praust.

Rohr-Stühle
ꝛc. werden gut, billig und schnell reparirt.
Vorstädt. Graben 57 part.
bei **Plieske.**

Schleifen
von Messern u. Scheeren täglich
Frauengasse 31.

Eine Feldschmiede
für alt zu kaufen gesucht.
Offerten unter **B. 392** an die Exped. dieser Ztg. erbeten.

Ein fast neuer
Stutzflügel
(Kreutzbach) für 900 M zu verkaufen Poggenpfuhl 16, 1 Tr.

Briefmarkensammlung,
sowie auch einzelne Marken werden zu kaufen gesucht.
Off. u. **B. 350** an d. Exped. d. Ztg.

⅕ Passepartout E ersten Rang ist gefunden. Abz. Milchkanneng. 1.

Zoppot.
Elegante **Villa** preiswerth zu verkaufen. (1127
Offerten unter **B. 480** an die Expedition dies. Zeitung erbeten.

Zu verkaufen wegen Platzmangels:
Vorzügl. erhaltener Flügel,
System Blüthner. Besichtigung 11—1 Uhr Jäschkenthaler Weg Nr. 19a. (1121

Frackanzüge ꝛc. zu verkaufen Sandgrube 28, I Tr.

Maskencostüm,
einmal benutzt, zu verkaufen Kohlenmarkt Nr. 12, 2 Tr.

Leichte Schubkarre,
gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Offerten unter **B. 100** an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

Kindergärtnerin 1. Klasse, ungeprüfte Erzieherin und gebildetes junges Mädchen als Stütze
werden gesucht durch das Bureau Frauenwohl, Gerbergasse 6.

Lehrling gesucht
für hies. Holz-Export-Geschäft.
Off. u. **B. 481** a. d. Exp. d. Z. erb.

Gebildete selbstthät. Frau sucht Stellung als
Hausdame.
Zeugnisse mehrjährig.
Adressen unter **B. 476** in der Expedition dieser Zeitung einzur.

Eine ält. erf. Geschäftsdame mit guten Umgangsformen (unter der besten Kundschaft bekannt), welche versteht, ein Geschäft selbstständig zu führen, wünscht eine Stelle als erste Verkäuferin oder Repräsentantin (am liebsten Confection) zu übernehmen.
Offerten unter **B. 478** an die Expedition dieser Ztg. erbeten.

Junge Dame,
in schriftlichen Arbeiten gewandt, für sofort gesucht. (113
Gebr. Wundermacher,
Passage.

Eine ordentl. Aufwärterin k. s. sof. meld. Fleischerg. 36, 3 Tr.

Suche für mein Cigarren- und Cigaretten-Importgeschäft einen
2. jungen Mann
zum sofortigen Antritt. (113
Wilhelm Otto,
Langgasse 45,
Ecke Matzkauschegasse.

Für das kaufmännische Bureau einer ersten Fabrik der Eisenindustrie wird ein intelligenter junger Mann mit guter Handschrift und Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst als
Lehrling
gegen hohe Vergütigung
gesucht.
Off. unter **B. 479** an die Exped. dieser Zeitung erbet.

Für hies. Holz-Export-Geschäft wird ein (1143
junger Mann
für das Praktische gesucht.
Off. u. **B. 482** an d. Exp. d. Ztg.

Bei Materialisten u. Delicatessenhändlern ꝛc. eingeführter
Agent
gesucht für gut verkäufliche Specialitäten der Wein- und Spirituosenbranche von einer leistungsfähigen Weinhandlung Hamburgs. Off. mit Ang. früherer Thätigkeit unter **H. C. 6530** befördert **Rudolf Mosse, Hamburg.**